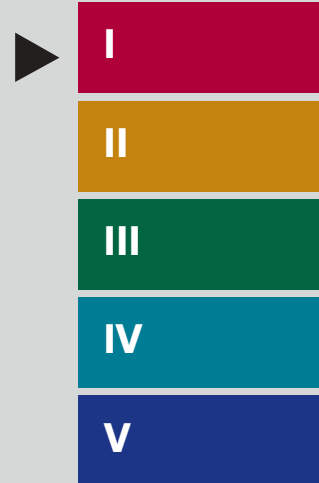


Tradition und Fortschritt

START DER PROGRAMMDEBATTE



PROGRAMMHEFTE

Inhalt

Vorwort Franz Müntefering	Seite 4
Von Eisenach bis Berlin – von der proletarischen Klassenpartei zur reformorientierten Volkspartei Die Grundsatzprogramme der SPD	Seite 6
Franz Müntefering Freiheit und Verantwortung Das neue Grundsatzprogramm der SPD	Seite 10
Daten und Fakten zur Programmdebatte	Seite 20
Grundlagen unserer Politik Impulse für das neue Grundsatzprogramm der SPD	Seite 28
Vom „Lesekreis“ zum „Politischen Quartett“ Anregungen für die Programmdebatte vor Ort	Seite 42
Mitglieder der Programmkommission	Seite 52
Materialien zur Programmdebatte	Seite 53

Programmhefte

I

Tradition und
Fortschritt

II

Wohlstand –
Bedingungen
heute und morgen

III

Deutschlands
Rolle in Europa
und in der Welt

IV

Teilhabe
Zukunftschancen
Gerechtigkeit

V

Im Mittelpunkt:
der Mensch

Die weiteren
Programmhefte
erscheinen jeweils
im Anschluss an
vier Programm-
foren, die von
Februar bis Mai
2005 stattfinden.



Foto: Ossenbrink

Programmdebatte – Start in die Entscheidungsfindung

Wir arbeiten an unserem neuen **Grundsatzprogramm**. Und wir bitten euch, dabei mitzumachen.

Grundsatzprogramme haben für die SPD eine besondere Bedeutung. Sie sind **Richtschnur unseres Handelns**. In ihnen gehen wir aus von unseren Grundwerten, stellen sie in die Zeitbezüge und einigen uns auf Grundsätze und Ziele unseres politischen Handelns. Im Grundsatzprogramm geht es um Grundsätze, wie es der Name sagt. Daran zu erinnern macht trotzdem Sinn. Denn Politiker neigen zum Handeln, wir halten uns nicht gerne lange beim Grundsätzlichen auf. Grundsatzprogramme werden so allzu schnell zu Regierungs- oder Handlungsprogrammen. Das soll vermieden werden.

Das alles heißt auch: besser ein kurzes Grundsatzprogramm als ein langes. Auf keinen Fall zu lang. Die Wahrheit ist einfach.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben immer großen Wert darauf gelegt, dass wir nicht nur **Wertepartei**, **Mitgliederpartei** und **Volkspartei** sind, sondern auch **Programmpartei**. Das heißt auch, dass wir unsere Grundsatzdiskussion nicht versteckt, sondern ganz bewusst öffentlich führen. Die Menschen in unserem Land sollen wissen, worüber die SPD spricht und wofür sie steht, was unsere Grundsätze sind. Auch wenn wir denen nicht immer genügen.

Wir haben auf unserem Parteitag beschlossen, das Berliner Grundsatzprogramm zu überarbeiten und zu einem neuen Programm fortzuentwickeln. Jetzt sind wir in der Programmkommission mitten in der Debatte und laden ganz besonders die Gliederungen der Partei ein, mitzudiskutieren.

Im Frühsommer 2005 soll es den Entwurf des Programms geben, auf dem **Parteitag Ende 2005** in Karlsruhe soll über das Programm beraten und beschlossen werden.

In Programmheften werden wir über wichtige Aspekte unserer Debatte fortlaufend berichten. Wir geben so Impulsreferate und Stellungnahmen aus der Kommission zur Kenntnis, die dort von Berichterstatern eingebracht worden sind und die eine erste Diskussionsrunde hinter sich haben.

Das ist noch nicht die Programmfassung, die wird später geschrieben werden.

Jetzt geht es darum, wichtige Teile unserer Debatte erkennbar zu machen und so eine Grundlage zu geben für Diskussionen darüber in Ortsvereinen, Unterbezirken, Bezirken, Landesverbänden und Arbeitsgemeinschaften.

Heute schicken wir das Programmheft Nummer 1.

Viel Freude bei der Diskussion.

Franz Müntzer

Von Eisenach bis Berlin – von der proletarischen Klassenpartei zur reformorientierten Volkspartei

Die Grundsatzprogramme der SPD

„Das ‚Wofür‘ ist die ethische Rechtfertigung für die Frage nach dem ‚Wie‘: wie an die Macht kommen, wie an der Macht bleiben?“
Willy Brandt, 1978



*Godesberger Parteitag
13. bis 15. November 1959*

Foto: FES

„Pragmatisches Handeln ist Handeln zu sittlichen Zwecken.“
Helmut Schmidt, 1973

Programmpartei: In diesem Begriff bündelt sich der besondere politische Anspruch der SPD. Die Sozialdemokratie wollte in ihrer langen Geschichte stets mehr sein als ein Kanzlerwahlverein. Regierungsmacht war und ist für die SPD Mittel zum Zweck. An ihren Programmen lässt sich das „Wofür“ sozialdemokratischer Politik ablesen. Willy Brandt schrieb dazu 1978: „Das ‚Wofür‘ ist die ethische Rechtfertigung für die Frage nach dem ‚Wie‘: wie an die Macht kommen, wie an der Macht bleiben?“ Ihre Grundsatzprogramme haben den Sozialdemokraten stets die **moralische Rechtfertigung** für ihre Politik geliefert. Ihre Grundwerte waren der Maßstab für die Diskussion der eigenen politischen Erfahrungen. Dieses Wechselverhältnis zwischen grundsätzlicher Wertorientierung und steter Reflexion der eigenen politischen Praxis sorgt für die Lebendigkeit der ältesten demokratischen Partei Deutschlands.

1959 hat sich die SPD auf dem **Godesberger Parteitag** auch programmatisch von allen Vorstellungen einer revolutionären Veränderung verabschiedet. In der Nachbetrachtung war das für die deutschen Sozialdemokraten ein entscheidender Schritt in Richtung praktische Gestaltungsmacht. Nach 1959 wandelte sich die SPD vollends zur Volkspartei. Das ist bis heute ein ganz wichtiger Bestandteil unseres Selbstverständnisses.

Ebenso wichtig war es jedoch für die Partei und für unser Land, dass sich die SPD zur pragmatischen, aber gleichwohl reformorientierten **Regierungspartei** wandelte. Dass Pragmatismus nicht im Gegensatz zu einer wertorientierten Politik steht, hat Helmut Schmidt auf dem Hannoveraner Parteitag von 1973 in einer knappen Formel ausgedrückt: „Pragmatisches Handeln ist Handeln zu sittlichen Zwecken.“ Mit diesem Grundsatz hat die Sozialdemokratie ihren Beitrag zum Gelingen der zweiten deutschen Demokratie geleistet. Und sie hat dazu beigetragen, dass die Mehrheit der Menschen in diesem Land in **Wohlstand** und **sozialer Sicherheit** leben kann.

Die **Grundsatzprogramme** der SPD haben den Mitgliedern nie als politischer Katechismus gedient. Eine Programmgeschichte der Partei ist deshalb auch nicht allein Ideengeschichte. In ihr spiegeln sich vielmehr die jeweiligen **politischen Erfahrungen** und die Lage der Partei wider. Programmarbeit war für die Sozialdemokraten immer eine zielorientierte Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen und wirt-

schaftlichen Realitäten. Programme dienten dazu, die richtigen Ziele zu bestimmen, um sie dann mit den richtigen Mitteln zu verfolgen.

Die materielle Lage der Arbeiterschaft, die politische Benachteiligung weiter Teile der arbeitenden Bevölkerung und die Isolierung der Arbeiterbewegung: Das sind die äußeren Umstände, die die Programme von **Eisenach (1869)** und **Gotha (1875)** bestimmten. Mit diesen kurzen Pamphleten hatte die SPD den revolutionären Anspruch auf eine Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung formuliert, in der ein **menschenwürdiges Leben für die Mehrheit** unmöglich erschien.

Revolutionäre Rhetorik hat die Sozialdemokratie nicht gehindert, eine pragmatische Politik zur Verbesserung der Lebenssituation der Arbeiter zu betreiben. Schon das **Erfurter Programm von 1891** spiegelt das **Nebeneinander von revolutionärer Theorie und reformistischer Praxis** mit klar formulierten materiellen und politischen Zielmarken wider.

Die erste demokratische Republik in Deutschland veränderte die Rahmenbedingungen der SPD vollständig. Die Revolution von 1918 machte aus der systematisch ausgegrenzten Oppositionspartei SPD eine Staatspartei. Die Sozialdemokraten schwankten in den unruhigen Jahren der Weimarer Republik zwischen der Verteidigung der Republik und der Hoffnung, den Sozialismus auf demokratischem Weg zu erreichen. Diese Spannung drückte sich auch in den kurz aufeinander folgenden Grundsatzprogrammen aus: Während das **Görlitzer Programm von 1921** bereits die **Grundzüge einer Volkspartei** skizziert, die für alle Teile der arbeitenden Bevölkerung offen steht, fällt das nur vier Jahre später verabschiedete Heidelberger Programm in die Tonlage des Erfurter Programms zurück. Die scharfen politischen und sozialen Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik spielten für diese programmatische Verhärtung ebenso eine Rolle wie die Vereinigung der Mehrheitssozialdemokratie mit den Resten der USPD, die sich nicht den Kommunisten anschlossen.

Heute erinnern sich Sozialdemokraten an das **Heidelberger Programm** vor allem wegen seiner zukunftsweisenden Formulierungen zur internationalen Politik: Mit diesem Programm trat die SPD für die Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit und für die Bildung der **Vereinigten Staaten von Europa** ein. Seine Analyse der Gesellschaft aber lief ins Leere. Denn zur Lösung der immer dringlicher werdenden Aufgabe der Verteidigung der Demokratie in Deutschland trug das Programm wenig bei. So blieb der SPD am Ende der Republik mit der Ablehnung von Hitlers Ermächtigungsgesetz eine mutige, aber erfolglose Geste.



**Delegierte des
Görlitzer Parteitages
am 18. Oktober 1921**

Foto: FES

Das **Godesberger Programm** markiert im Kontrast dazu zunächst die uneingeschränkte Ankunft der Sozialdemokratie in der parlamentarischen Demokratie. In Godesberg trennte sie sich nicht nur von traditionellem ideologischem Ballast ohne praktische politische Bedeutung. Vor allem fand die SPD eine Formel für die Zielbestimmung ihrer Politik, die vereinbar war mit reformorientierter Praxis: Der **demokratische Sozialismus** sei eine dauernde Aufgabe, befand das Godesberger Programm. Damit wurden die Reste ihres Klassenkampfvocabulars und vor allem jene Programmpunkte, die den Weg zum Sozialismus skizzieren sollten, überflüssig: Fortan markierten die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und die Einführung der Planwirtschaft nicht mehr den Übergang zum Sozialismus. Die SPD präsentierte sich als **moderne Volkspartei**, verankert in der **pluralistischen Demokratie** und der **sozialen Marktwirtschaft**.

Nur in einer Hinsicht stand das Godesberger Programm noch fest in der Tradition der marxistischen Sozialdemokratie. Der Glaube an einen unbegrenzten und letztlich alle materielle Not überwinden könnenden Fortschritt ist in vielen Formulierungen des Programms mit Händen zu greifen. Diese Überzeugung erschütterten jedoch seit dem Ende der 1960er Jahre sowohl ökonomische Krisen als auch das Bewusstwerden der natürlichen **Grenzen des Wachstums**. Das 1989 in Berlin verabschiedete siebte Grundsatzprogramm der SPD ist von den ökologischen, den wirtschaftlichen und den politischen Folgen dieses Wandels geprägt.



Abstimmung über das Berliner Programm am 20. Dezember 1989

Foto: dpa

Die Wirkungsgeschichte dieses **Berliner Programms** ist ohne Zweifel eine unglückliche gewesen, denn es entstand in einer **welthistorischen Umbruchsituation**, die zum Zeitpunkt seiner Erarbeitung nicht abzusehen war. Dennoch bildet das Berliner Programm einen Meilenstein auf dem Weg zur Formulierung der ethischen Grundlagen moderner sozialdemokratischer Politik. Dass diese Grundlagen tragfähig sind, zeigt auch der bisherige Verlauf der Diskussion über das achte Grundsatzprogramm der SPD, das auf dem Bundesparteitag 2005 in Karlsruhe beschlossen werden soll.

Die deutsche Sozialdemokratie hat die Erfahrung gemacht, dass nur eine **Programmpartei** die Zielrichtung der eigenen Politik im Tagesgeschäft und im Ringen um Kompromisse und kleine Fortschritte nicht aus dem Auge verliert. In einer demokratischen politischen Kultur ist das Spannungsverhältnis zwischen den großen Zielen und dem „Schnecken tempo des Fortschritts“ (Günter Grass) nicht einseitig aufzulösen. Aber die Anstrengung der Programmarbeit lohnt, erneuert sich doch erst in der wertorientierten Auseinandersetzung mit der Realität das eigene Selbstverständnis. Diese Debatte darf nicht in kleinen Zirkeln geführt werden, sie ist Aufgabe der ganzen Partei.

Stationen

- 1869 Eisenach**
Politische und soziale Emanzipation
der Arbeiterschaft
- 1875 Gotha**
Überwindung der kapitalistischen
Wirtschaftsordnung
- 1891 Erfurt**
Nebeneinander von revolutionärer
Theorie und reformistischer Praxis
- 1921 Görlitz**
Grundzüge einer Volkspartei
- 1925 Heidelberg**
Visionen von einem vereinigten Europa
- 1959 Bad Godesberg**
Von der Klassenpartei zur Volkspartei
- 1989 Berlin**
Debatte über die Grenzen des Wachstums
angesichts einer historischen Zeitenwende

FRANZ MÜNTEFERING

Freiheit und Verantwortung

Das neue Grundsatzprogramm der SPD

Vortrag,
gehalten bei der
Friedrich-Ebert-Stiftung,
Berlin,
am 22. November 2004

Grundsatzprogramme haben für die SPD eine besondere Bedeutung. Sie sind **Richtschnur unseres Handelns**. In ihnen gehen wir aus von unseren Grundwerten, stellen sie in die Zeitbezüge und einigen uns auf **Grundsätze und Ziele unseres politischen Handelns**. Im Grundsatzprogramm geht es um Grundsätze, wie es der Name sagt. Daran zu erinnern macht trotzdem Sinn. Denn Politiker neigen zum Handeln, wir halten uns nicht gerne lange beim Grundsätzlichen auf. Grundsatzprogramme werden so allzu schnell zu Regierungs- oder Handlungsprogrammen. Das soll vermieden werden.

Das alles heißt auch: besser ein kurzes Grundsatzprogramm als ein langes. Auf keinen Fall zu lang. Die Wahrheit ist einfach.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben immer großen Wert darauf gelegt, dass wir nicht nur **Wertepartei, Mitgliederpartei** und **Volkspartei** sind, sondern auch **Programmpartei**.

Das heißt auch, dass wir unsere Grundsatzdiskussion nicht versteckt, sondern ganz bewusst öffentlich führen. Die Menschen in unserem Land sollen wissen, worüber die SPD spricht und wofür sie steht, was unsere Grundsätze sind. Auch wenn wir ihnen aus eigener Schwäche und Unzulänglichkeit nicht immer genügen.

Wir laden die Menschen ein, mit uns über das zu sprechen, was ist, über das Wichtige, Grundsätzliche und über die Perspektiven unserer Gesellschaft. Über Ziele und über Schritte dahin.

Niemand hat von Anfang an die Wahrheit auf seiner Seite, wir auch nicht. Sie ist einfach, aber es ist nicht einfach, sie zu finden. Dialogbereitschaft ist nötig, sogar Streitbereitschaft. Denn es geht um viel.

„**Freiheit und Verantwortung**“. Das ist ein Aspekt der Grundsatzdebatte, nicht mehr. Ich meine: ein sehr wichtiger, zentraler Aspekt, der mitten in die Debatte um Grundwerte und Handlungsmaximen führt. Auch voll in das Spannungsverhältnis zwischen ihnen.

Grundsatzprogramm der SPD 2005

Ein paar Bemerkungen zum Debattenstand vorneweg:

Unsere Grundsatzprogramme haben in unserer Geschichte oft wichtige politische Impulse gegeben. Sie waren prägend für ganze Generationen von Politikern. Viele von uns sind mit dem **Godesberger Programm** politisch aufgewachsen. Dieses Programm hat 1959 für die SPD, sogar für die Bundesrepublik, eine Zeitenwende markiert. Die SPD hat sich endgültig zur sozialen Marktwirtschaft bekannt, und wir sind wirklich Volkspartei geworden. Das waren wichtige Beschlüsse, die übrigens in der Rückschau beweisen, dass Programme nicht nur das Wünschbare markieren, sondern auch das Machbare und das Notwendige erkennbar machen können.

Das **Berliner Programm**, das wir 1989 beschlossen und später komplettiert haben, hat nicht vergleichbares Gewicht für die Politik der Sozialdemokratie und öffentliche Aufmerksamkeit gewonnen wie das von Godesberg.

Das lag zum einen an dem Zeitpunkt, zu dem es entstanden ist. Der Kommunismus zerbrach, ein Weltreich ging in die Knie. Der Kapitalismus, sagen wir es freundlicher: die soziale Marktwirtschaft siegte. Die Mauer fiel, Grenzen vergingen. Wir Deutschen gewannen unsere Einheit zurück. Die politischen Systeme begannen sich neu zu organisieren. Es war viel in Bewegung und wenig Muße zum Nachdenken über Programmatisches.

Ob es einen zweiten Grund gab für die geringere Beachtung, die das Berliner Programm fand, ist ungeklärt. War dies/Ist dies vielleicht nicht/nicht mehr die Zeit für Programme?

Die unzureichende Präsenz des Berliner Programms ist jedenfalls kein Ausdruck mangelnder Qualität. Es lohnt sich unverändert, das Programm in seiner gültigen Fassung zu lesen und ernst zu nehmen. Ich habe bei den schwierigen Entscheidungen der letzten Jahre, beim Regieren, jedenfalls keine Probleme gehabt und kein Defizit beim Grundsätzlichen.

Unterm Arm getragen habe ich das **Grundsatzprogramm** nicht, das ist wahr. Ich habe es weniger als Kraftquelle erfahren, denn als **ruhenden See**. Aber ich weiß: **Stille Wasser gründen tief**. So manches lässt sich da entdecken.

Trotz alledem: Es ist wichtig, jetzt, genau jetzt, das Grundsatzprogramm der deutschen Sozialdemokratie fortzuschreiben, für uns noch **mehr Klarheit** zu schaffen in dieser Zeit des **Orientierungsbedarfs**, der Zeit der **Globalisierung** und der **Europäisierung**, der **Individualisierung** und der tief greifenden **demografischen Veränderungen**, der **Informationsflut** und der **neuen Kommunikationstechniken**.

Wir dürfen uns keine Illusionen machen: Es ist ein ambitioniertes Vorhaben, als Regierungspartei ein Grundsatzprogramm zu schreiben. Das macht die SPD in dieser Formation zum ersten Mal.

Ein Grundsatzprogramm darf nicht nur Überbau für Regierungspolitik sein. Es darf auch nicht weltfremder Wunschzettel sein. Deshalb haben wir die abschließende Diskussionsrunde über das Programm auch mit einer Analyse der Welt, in der wir leben, begonnen. **Aussprechen, was ist**; daran werden wir ansetzen.

In der Programmkommission diskutieren wir derzeit kapitelweise das Berliner Programm und stellen den Überarbeitungs- und Revisionsbedarf fest. Es lohnt sich. Ich bin sicher, dass das zu Gutem führen wird.

Parallel wollen wir in der Partei und auch öffentlich debattieren. Wir wollen das Programm nicht im stillen Kämmerlein schreiben.

Die Programmhefte geben dieser Debatte Stoff, Impulse und Meinungen. Auch Material für weniger Gutwillige, aber damit müssen wir leben. Wir können die öffentliche Debatte bestimmen und das wird gut sein für die politische Kultur in Deutschland.

Beschließen wollen wir das neue Programm auf unserem ordentlichen Bundesparteitag Ende 2005.

Es ist ein enger Zeitplan, aber ich bin zuversichtlich, dass wir ihn einhalten und dann gestärkt und mit einem erneuerten Konsens über die **Werte und Ziele sozialdemokratischer Politik** ins Wahljahr 2006 gehen.

„Die Sozialisten streben eine Gesellschaft an, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Menschen mitwirken kann.“
Godesberger Programm

Freiheit und Verantwortung

Zum Thema:

„Die Sozialisten streben eine Gesellschaft an, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Menschen mitwirken kann.“

So beginnt das Godesberger Programm. Die Kernbegriffe sind: „in Freiheit entfalten“ und „verantwortlich mitwirken“. So ist es. Kann man es besser sagen?

Freiheit zuerst

Der **Grundwert Freiheit** vorne an. Das gilt. Die Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie, ist mehr als alles andere sonst eine Freiheitsbewegung.

Diese Arbeiterbewegung hat sich damals, vor bald 150 Jahren, nicht versammelt, um eine Krankenversicherung zu gründen. (Die wurde irgendwann auch wichtig.) Aber es ging von Anfang an und im Kern um mehr: um **Befreiung aus der Unfreiheit**, um die **Befähigung zur Freiheit**. Freiheit von und Freiheit zu.

Das, genau das, war die Fortschrittsidee, der große Impuls unserer Bewegung. Und so muss es bleiben.

Freiheit als unbedingter **Respekt vor dem Individuum**, vor jedem einzelnen Menschen. Ein Respekt, der sich wiederum verbindet mit der Verantwortung jedes Einzelnen, zu handeln.

Das Bescheidwissen, das Wählenkönnen, das Sich-nicht-verstecken-Wollen, das Betroffensein, das Besser-machen-Wollen, das Sich-nicht-Abfinden – alles Dinge, um die es geht, wenn wir Freiheit und Verantwortung sagen.

Freiheit ist **Selbstgewissheit in den Unsicherheiten** des Lebens und der Welt.

„Die Freiheit“, sagt Camus, „ist ein Schrei, dem eine lange Mühe folgt, sie ist kein behaglicher Ort und auch kein Alibi.“ Richtig: Freiheit ist spannend, aber nicht leicht. Auch nicht tiefend von Bedeutungsschwere. Sie ist aufrechten Ganges, voll Zuversicht – und nicht laut.

„Die Freiheit ist ein Schrei, dem eine lange Mühe folgt, sie ist kein behaglicher Ort und auch kein Alibi.“

Albert Camus

Wir Sozialdemokraten müssen die Freiheit aus der Oberflächlichkeit der Spaßgesellschaft heraushalten/herausholen und ihr den Platz in unseren Werten zuweisen, den sie hat. Den ersten.

Reich sein, gesund sein, schön sein, mobil sein, glücklich sein, und dies alles gleichzeitig – das ist noch nicht die Freiheit.

Wer sich in diesem Lande alles frei nennt oder gar einen Protagonisten oder Parteigänger der Freiheit – das spricht nicht für unsere gesellschaftliche und politische Kultur. Anders gesagt: Man hat sich angewöhnt, mit der Freiheit locker, ja fast feuilletonistisch umzugehen – wie mit dem Goldrand am Teller, in den wir Suppe für den Alltag füllen wollen.

Freiheit ist aber kein Luxus, der im Zweifelsfall auch entbehrlich ist. Freiheit ist nicht das Sahnehäubchen auf der sozialen Gerechtigkeit, sondern ihre **Basis** und ihr **Kitt**. Die Maxime „Wenn jeder für sich sorgt, ist für alle gesorgt“ hat mit Freiheit, die wir meinen, herzlich wenig zu tun.

Dabei ist Freiheit nicht nur die Frage der persönlichen Befindlichkeit, des freien Geistes, der Gedanken, die frei sind. Sie ist konkret.

Es ist nicht lange her, dass in Deutschland eine Mauer und damit eine Grenze fiel und eine Diktatur zerrann und Freiheit ganz real wurde.

Es ist länger her, dass in Deutschland öffentliche Schulen, Sozialsysteme, Gleichstellung von Frau und Mann, Schutz von Minderheiten, unabhängige Justiz Wirklichkeit wurden – das Maß an Freiheit sich erweiterte über das hinaus, was es vorher je gab in diesem Land.

Freiheit denken wir vom **Individuum** her, und so muss es sein. Wir wollen eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten kann.

Menschen, denen von außen Freiheit verweigert wird, können nicht frei sein. Menschen, die Freiheit nicht suchen, werden unfrei bleiben – unter welchen Umständen sie auch immer leben. **Freiheit braucht freundliche äußere Bedingungen. Unfreiheit ist unter allen äußeren Bedingungen möglich.**

Die Freien

Ich habe nie Vorbilder in der Partei oder in der Politik allgemein gesucht. Aber ich habe in dieser Sozialdemokratie Frauen und Männer erlebt, die ich **Freie** nenne und die ich vorbildlich finde und fand. Ich spreche hier nicht von den großen Namen.

Überraschender und überzeugend waren Genossinnen und Genossen, die mir in den Jahrzehnten vor Ort begegnet sind. In Ortsvereinen, auf Konferenzen, geprägt oft in härteren Zeiten.

Einfache Menschen, wie man so sagt. Menschen mit **klarer Sprache**, ohne große Worte, **stolz**, aber nicht arrogant, **gerecht**, aber nicht sentimental, **friedlich**, aber nicht unterwürfig, **klug**, aber nicht schlau, **wer-tebezogen**, aber nicht ideologisch, **solidarisch**, aber nicht anspruchslos, **tolerant**, aber nicht prinzipienlos, Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen mit Leib und Seele – **frei** und **verantwortungsbewusst**.

Ich idealisiere nicht, und komplett waren die Tugenden selten und Macken gab es immer auch. Aber tolle Menschen sind das.

Ich habe so manches Mal gedacht: Eine **Gemeinschaft**, eine Partei, in der so etwas wächst, so tolle Typen, die muss **Substanz** haben. Da ist was. Und das meine ich immer noch.

Was das mit unserem Thema zu tun hat? Freiheit braucht **starke Individuen**. Und die fangen an mit der Geburt, spätestens. Wie werden die Kleinen zu freien, verantwortungsbewussten Menschen?

Keine Angst, ich fordere hier kein sozialdemokratisches Erziehungsministerium. Aber ich frage: Wie werden die Kleinen zwischen uns Großen erwachsen? Mit welchen Werten? Wer gibt ihnen **Orientierung** im Zeitalter der ungebremsten Informationsflut? Wie lernen sie von wem, was wichtig ist und was nicht? Was Freiheit heißt und was Verantwortung?

Wer meint, da solle sich Politik heraushalten, der irrt. Erziehungsfragen sind gesellschaftspolitische Fragen. Verschweigen hilft nicht. Darüber reden ist hilfreich, für Eltern, für Schulen, für die Gesellschaft insgesamt.

Ein Bundesgesetz hilft da nicht. Aber vielleicht die **Glaubwürdigkeit** von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die Freiheit und Verantwortung leben. Wenn wir es denn schaffen. Und wenn wir den Kleinen, den Jungen, allen, Chancen geben, Freie in diesem Sinne zu werden, die Bescheid wissen und die sich einmischen.

Deshalb ist Bildung so wichtig, sind Bildungschancen so wichtig. Nicht nur, weil wir sonst 2030 fast keine qualifizierten Facharbeiter mehr haben in Deutschland. Das zu berücksichtigen ist auch wichtig.

Aber wichtiger ist für uns die Frage, was das für Menschen werden, die da heranwachsen, welches Rüstzeug wir ihnen geben, um klarzukommen, Orientierung zu haben in einer komplizierten Welt.

Freiheit, die lebbar ist und Gestaltungskraft bedeutet. Die Menschen im Mittelpunkt – die kleinste Einheit –, das Kernstück der Subsidiarität.

Man muss es, glaube ich, eigentlich nicht mehr besonders betonen: Diese Freiheit hat mit **Individualität** zu tun und mit **Selbstbewusstsein**, aber nicht mit Egoismus und nicht mit Egozentrismus. Diese Freiheit ist solidarisch und nicht das Gegenteil von Solidarität.

Diese Freiheit muss Markenzeichen der Sozialdemokratie sein, dann ist mir nicht bange um das Land und nicht um unsere Partei.

Wir wollen die Menschen einladen, mitzugehen, die Jungen besonders, und Verantwortung zu übernehmen.

Und Verantwortung

Verantwortung sehe ich nicht als Grundwert, aber als tragendes **Handlungsprinzip**, das Freiheit glaubwürdig macht und nicht entbehrlich ist, wenn wir es ernst meinen mit der Freiheit.

Ich verantworte nicht nur mich, sondern auch die anderen. Aber ohne deren Freiheit einzuschränken. Zuerst bin ich für mich verantwortlich, **Eigenverantwortung** vorne an. Das ist nicht neu für die Arbeiterbewegung, Trittbrettfahrer waren da nie gut angesehen.

Aber Menschen sind auf Menschen bezogen und auf Mitmenschlichkeit angewiesen. Das ist unsere Natur, und es ist nur konsequent, darauf den Gesellschaftsvertrag aufzubauen.

Der **Staat**, der Sozialstaat auch, ist diese **freiwillige Vereinbarung auf Gegenseitigkeit**. Jeder hat die Pflicht, seine eigene Kraft und Fähigkeit zu nutzen, und das Recht, die Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen, wenn er darauf angewiesen ist. Nach ihren Regeln. Sozialstaat und soziale Sicherungssysteme sind aber generell keine Notfallstationen, sondern ökonomisch sinnvolle Risikostrukturausgleiche.

Sie zu schwächen, ist töricht. Denn: „Gemeinsam sind wir stark“ ist auch eine ökonomische Wahrheit, nicht nur eine mitmenschliche.

Als Sozialdemokraten haben wir Verantwortung für dieses Land, für die nach uns, für uns als Partei, für uns selbst.

Diese Verantwortung haben andere auch, auch andere Parteien.

Wir haben besondere Verantwortung, weil wir zudem – demokratisch legitimiert – Macht haben, auf Zeit. Weniger Macht, als viele glauben, aber doch eine Menge Macht.

Agenda 2010 – der Versuch zur Erneuerung des Landes – ist so ein Stück Verantwortungshandeln. Lernend, korrigierend – auch uns –, nachdrücklich und nachhaltig. Nicht ohne Stolpern und manchmal suchend, aber doch kraftvoll in der Gewissheit über die Ziele des Projekts und deren Identifizierbarkeit mit unseren sozialdemokratischen Grundwerten. Der Weg, den wir gehen, ist richtig.

Eines, hoffe ich, schaffen wir noch klarer und überzeugender als bisher: den **sozialen Fortschritt** als **Grundsatzimpuls** unseres politischen Handelns erkennbarer zu machen. Ob es Fortschritt überhaupt gibt, darüber streiten sich die Philosophen. Deren Arbeit kann ich nicht.

Freiheit und Verantwortung und Fortschritt

Trotzdem: Fortschritt ist eine sozialdemokratische Idee, und das hat vor allem etwas mit der Verantwortung zu tun, die wir haben.

Es besser machen wollen, im Großen wie im Kleinen, dafür sind wir da. Das Paradies auf Erden wird es nicht geben; den neuen Menschen, von dem ab alles gut ist, auch nicht. Nichts von dem, das erreicht ist, ist auf immer sicher. Und vielleicht ist die Idee vom Fortschritt im Ergebnis nicht viel mehr als das Bemühen, Rückschritt nicht zuzulassen. Man ist ja bescheiden.

Nochmal/Trotzdem:

Mit politischer Macht verantwortlich umgehen heißt, Fortschritt zu suchen.

Dieses Suchen, hoffe ich, wird unser Grundsatzprogramm prägen. Wir wollen nicht nur beschreiben, was ist, wir wollen finden, wohin es gehen soll. Ich vermute, da fehlt noch was. Die **Lust aufs Neue**, auch wenn es riskant ist, muss geweckt werden. Der **Wille zum Wagnis**, auch wenn dies letztlich nicht kalkulierbar ist. Die Bereitschaft, aus dem eigenen, sicheren, bekannten Raum herauszugehen auf fremdes Terrain und **Schritte nach vorn** zu wagen.

Zum Beispiel, wenn es um die Lösung der Energieprobleme der Menschheit geht, um Mobilitätsfragen, um Arzneimittel und Medizintechnik gegen die großen Seuchen. Die Zeit, in der man Kontinente suchen und finden konnte, ist vorbei. Jetzt geht es darum zu verhindern, dass Kontinente verhungern oder ersaufen. **Wir brauchen Kolumbus. Und sein Ei.**

Zum Beispiel aber auch, wenn es darum geht, in der globalisierten Wirtschaft die Rechte derer zu schützen, die hilflos sind, wenn anonyme Aktionäre ihnen die Arbeitsplätze zerstören. Wir müssen denjenigen Unternehmern, die die Zukunftsfähigkeit ihrer Unternehmen und die Interessen ihrer Arbeitnehmer im Blick haben, helfen gegen die verantwortungslosen Heuschreckenschwärme, die im Vierteljahrestakt Erfolg messen, Substanz absaugen und Unternehmen kaputtgehen lassen, wenn sie sie abgefressen haben. Kapitalismus ist keine Sache aus dem Museum, sondern brandaktuell.

Ein Resümee

*„Du musst das Leben
nehmen wie es ist.
Aber du darfst es
nicht so lassen.“*

Karl Richter

Ich komme noch einmal kurz zurück auf einen von diesen oben beschriebenen alten Genossen, die ich so faszinierend finde. Karl Richter, hier aus Berlin. Er wurde im Sommer 100, davon 86 Jahre in der SPD. Ich habe ihn nach dem Resümee seines Lebens gefragt, und das war so ganz nach meinem Geschmack. Karl Richter sagte: „Du musst das Leben nehmen wie es ist. Aber du darfst es nicht so lassen.“

Wenn unser Programm überzeugend diese Worte von Karl Richter übersetzt, dann wird es ein gutes Grundsatzprogramm.

Thesen

Die SPD ist Wertepartei, Mitgliederpartei, Volkspartei und Programmpartei.

Das neue Programm muss Klarheit und Orientierung schaffen in einer Zeit der Globalisierung und Europäisierung, der Individualisierung und der tief greifenden demografischen Veränderungen, der Informationsflut und der neuen Kommunikationstechniken.

Der Grundwert Freiheit vorneweg. Freiheit ist Selbstgewissheit in den Unsicherheiten des Lebens und der Welt.

Freiheit braucht starke Individuen, aber Freiheit ist solidarisch.

Verantwortung ist nicht Grundwert, aber tragendes Handlungsprinzip, das Freiheit glaubwürdig macht.

Fortschritt heißt: es besser machen wollen. Nichts von dem, das erreicht ist, ist auf immer sicher.

Daten und Fakten zur Programmdebatte

In diesem Programmheft dokumentieren wir eine kommentierte Auswahl an Diagrammen mit Zahlen und Fakten. Die vollständige Übersicht steht im Internet unter www.programmdebatte.spd.de

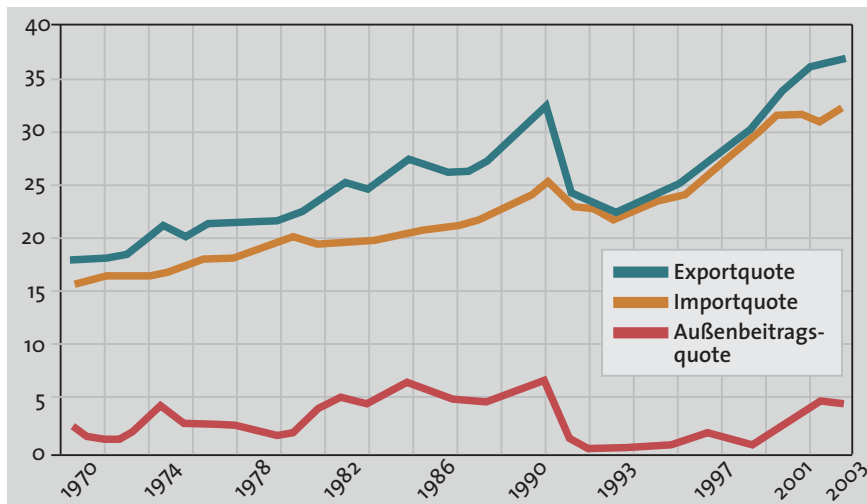
Das neue Grundsatzprogramm der SPD muss neue Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit finden. Um die veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen seit der Verabschiedung des Berliner Grundsatzprogramms im Jahre 1989 zu erfassen, hat die Programmkommission eine Arbeitsgruppe „Soziale und ökonomische Daten“ unter der Leitung von Christoph Zöpel und Gerd Andres eingerichtet. Diese Arbeitsgruppe hat der Programmkommission im September 2004 erste Daten vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Finanzen und Arbeit als Diskussionsvorlage vorgelegt. Eine erweiterte Datengrundlage wird die Arbeitsgruppe im Frühjahr erstellen.

Die Chancen der Globalisierung nutzen

Die politische Gestaltung der „Globalisierung“ ist ein zentraler Gegenstand der programmatischen Diskussion. Wichtige Indikatoren, um den Grad der Internationalisierung der deutschen Wirtschaft zu messen, sind die Export- und die Importquote, die den Anteil von Exporten (Ausfuhren) und Importen (Einfuhren) am Bruttoinlandsprodukt (BIP) wiedergeben. Wie Schaubild 1 zu entnehmen ist, steigen Export- und Importquote kontinuierlich. Nur durch die deutsche Vereinigung bedingt gab es Anfang der 90er Jahre einen vorübergehenden Einbruch. Die starke Rolle Deutschlands im internationalen Wettbewerb wird durch die Tatsache unterstrichen, dass die Exporte in den letzten Jahren stärker als die Importe gestiegen sind. Der größte Teil der Exporte ging im Jahr 2003 in die damals noch aus 15 Ländern bestehende Europäische Union, weitere 12,3 % in mittel- und osteuropäische Länder.

Schaubild 1
Exportquote, Importquote und Außenbeitragsquote (Importquote minus Exportquote) der deutschen Wirtschaft (in Prozent)

Quellen: Statistisches Bundesamt



Die Einbindung Deutschlands in den internationalen Wettbewerb wirft die Frage der Wettbewerbsfähigkeit auf. Hier spielen viele Faktoren eine Rolle: von der Ausbildung über die Infrastruktur bis zur Qualität von Forschung und Entwicklung. Aber selbst wenn man sich die klassischen Faktoren Löhne und Steuern anschaut, muss man feststellen, dass Deutschland in hohem Maße wettbewerbsfähig ist. Die **Lohnstückkosten** (Bruttoeinkommen einschließlich „Lohnnebenkosten“ im Verhältnis zum BIP) haben sich seit 1980 deutlich unterdurchschnittlich entwickelt (**Schaubild 2**). Hinsichtlich der **Steuer- und Abgabenquote** liegt Deutschland mit 36,2 % international im Mittelfeld. Nimmt man die Steuern, die auf Einkommen und Gewinne erhoben werden, befindet sich Deutschland mit 9,9 % des BIP sogar am unteren Ende des Ländervergleichs (**Schaubild 3**).

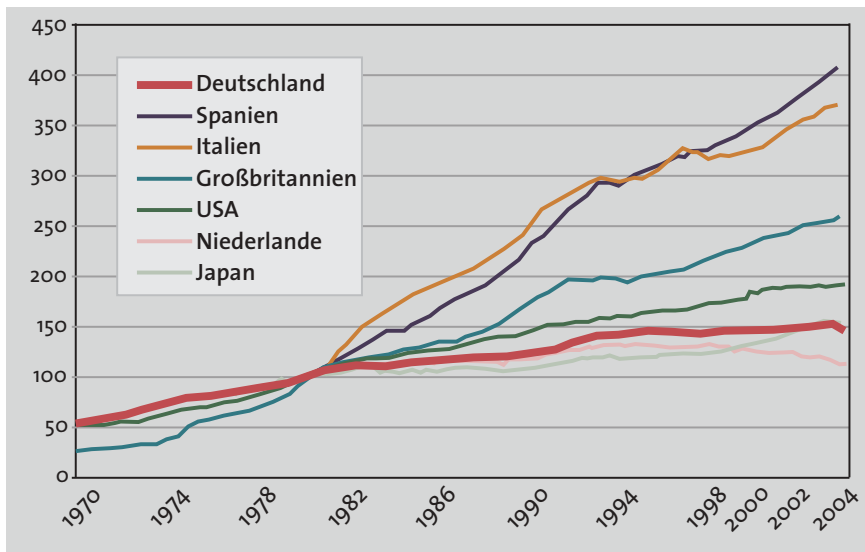


Schaubild 2
Lohnstückkosten (Bruttoeinkommen aus abhängiger Arbeit in Relation zum realen BIP) im internationalen Vergleich (1980 = 100)

Quellen: DIW

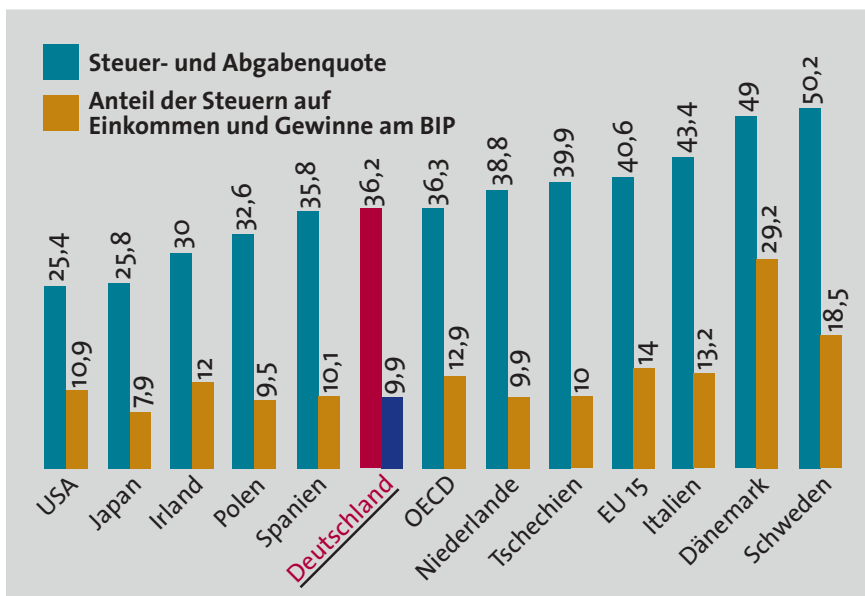


Schaubild 3
Steuer- und Abgabenquote im OECD-Vergleich 2003 (in Prozent)

Quellen: OECD

Schaubild 4
Beschäftigung nach
Wirtschaftsbereichen
2003 (in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt

Wachstum und Wohlstand

Eng mit der Globalisierung verbunden ist der Strukturwandel der Volkswirtschaft. Noch im Jahr 1970 waren 8,6% der Beschäftigten im **primären Sektor** (Land- und Forstwirtschaft oder Fischerei) tätig. Im Jahr 2003 lag der Anteil nur noch bei 2,4%. Der Anteil der im **sekundären Sektor** (Industrie, Bauwirtschaft) Beschäftigten verringerte sich im gleichen Zeitraum von 46,5% auf 27,2%. Dementsprechend stieg der Anteil der im **tertiären Sektor** (Dienstleistungen) Beschäftigten (**Schaubild 4**). Dennoch gilt: Über ein Fünftel der Wertschöpfung wird immer noch im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe erwirtschaftet. Gerade die wachsenden unternehmensbezogenen Dienstleistungen sind ohne starke Industrie nicht denkbar.

Ein großes Problem ist die seit 1970 im internationalen Vergleich unterdurchschnittliche Entwicklung des Wachstums. Nur in der Phase der deutschen Vereinigung konnte das **Wachstum** im OECD-Vergleich Schritt halten, wie **Schaubild 5** zeigt.

Die Arbeitsgesellschaft der Zukunft gestalten

Eine der zentralen Aufgaben ist die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit. Angesichts des zurückhaltenden Wachstums, aber auch durch die besonderen Lasten der deutschen Vereinigung hat Deutschland gegenwärtig eine **Arbeitslosenquote**, die über dem Schnitt der EU 15 liegt (**Schaubild 6**).

Die **Erwerbsquote** gibt den Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter an, die arbeiten oder dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Der weiter zunehmende Wunsch von Frauen nach einer gleichberechtigten Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt führt zu einer kontinuierlich steigenden Erwerbsquote der Frauen – auch wenn diese noch lange nicht das Niveau in dieser Hinsicht sehr fortschrittlicher Länder (z. B. Schweden, Niederlande) erreicht hat. Gleichzeitig sinkt die Erwerbsquote von Männern leicht (**Schaubild 7**).

Die **Beschäftigungsquote** gibt den Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter an, die tatsächlich beschäftigt sind. Deutschland hat hier unterdurchschnittliche Werte, vor allem bei älteren und gering qualifizierten Arbeitnehmern. Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik müssen stärker darauf ausgerichtet sein, diese benachteiligten Gruppen in die Erwerbsarbeit zu integrieren (**Schaubild 8**).

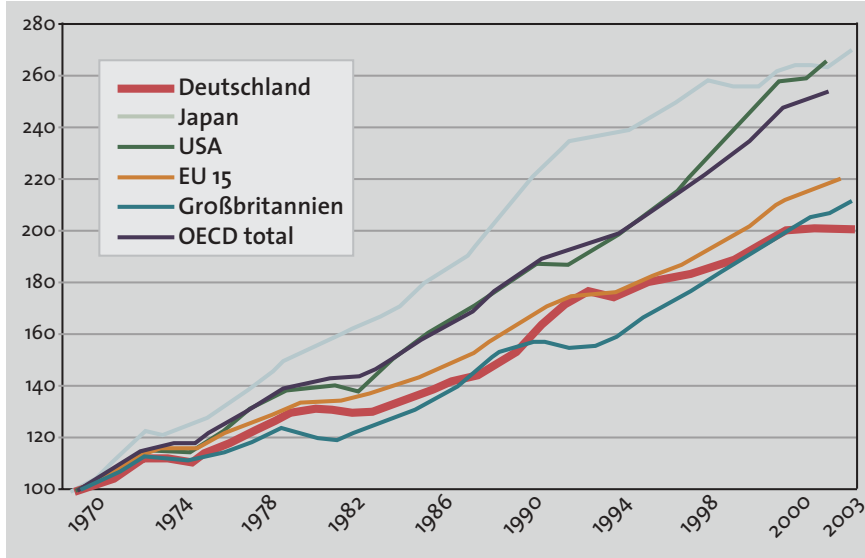


Schaubild 5
Wachstum des BIP im internationalen Vergleich (1970 = 100)

Quellen: OECD

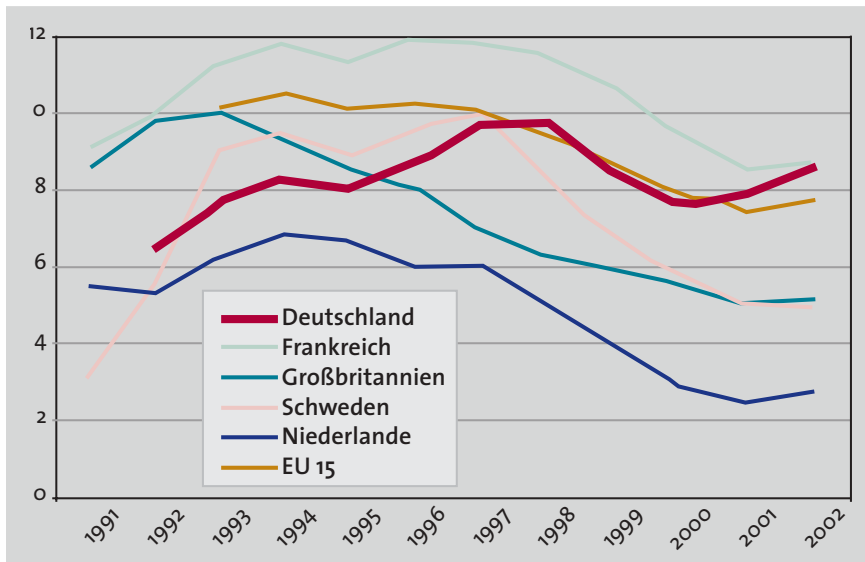


Schaubild 6
Arbeitslosenquoten in ausgewählten Ländern der EU (in Prozent)

Quellen: Eurostat

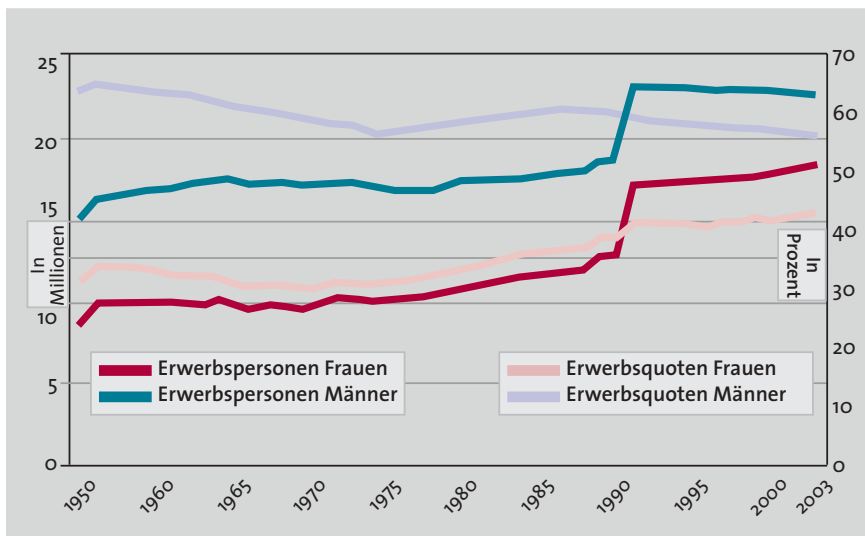


Schaubild 7
Erwerbspersonen (in Millionen) und Erwerbsquoten (in Prozent)

Quelle: Statistisches Bundesamt

Neben der Integration aller Menschen in den Arbeitsmarkt nimmt die Absicherung veränderter und flexiblerer Erwerbsbiografien stetig an Bedeutung zu. Angesichts des Strukturwandels in der Wirtschaft, der sich zum Beispiel in der steigenden Frauenerwerbsquote und der Zunahme von Teilzeitarbeit niederschlägt, verliert das **Normalarbeitsverhältnis** (hier definiert als abhängige unbefristete Vollzeitbeschäftigung) immer mehr an Bedeutung. Während sein Anteil 1985 noch bei 72,1% lag, beträgt er nun nur noch 62,9%. Männer und Beschäftigte in der Industrie arbeiten noch zu über vier Fünfteln in einem Normalarbeitsverhältnis. Bei Frauen und Beschäftigten im Dienstleistungssektor ist der Anteil jedoch bereits deutlich geringer (**Schaubild 9**).

Schaubild 8
Beschäftigungsquoten Geringqualifizierter im Vergleich 2002 (in Prozent)

Quelle: Eurostat

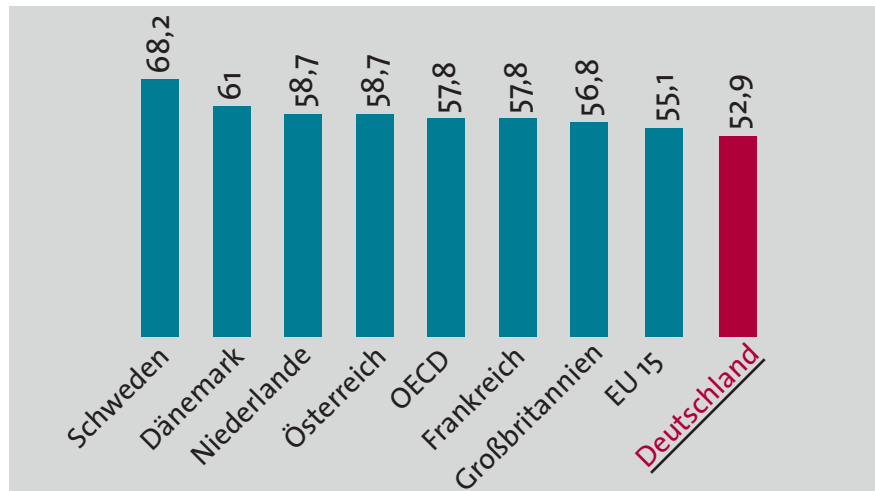
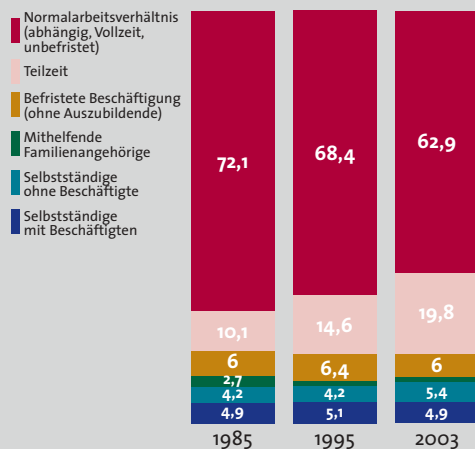
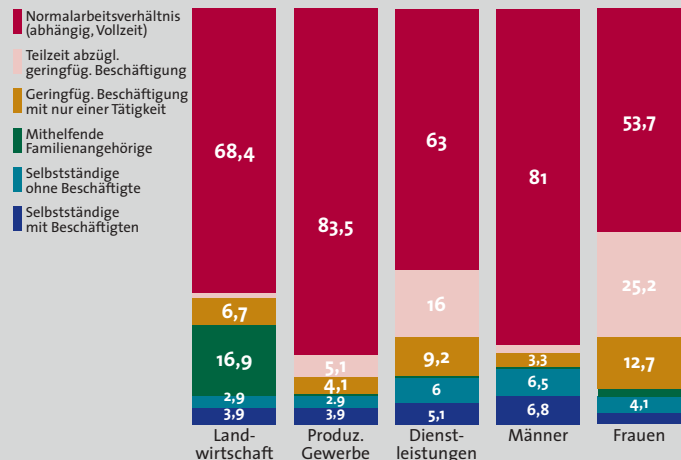


Schaubild 9

Entwicklung des Normalarbeitsverhältnisses



Normalarbeitsverhältnis nach Sektoren und Geschlechtern 2003 (in Prozent)



Quelle: Eurostat

Demografischer Wandel

Unter dem Stichwort **demografischer Wandel** werden im Wesentlichen zwei entscheidende Entwicklungen diskutiert. Zum einen: In Deutschland werden zu wenig Kinder geboren, um den Stand der Bevölkerung zu halten. Die **Anzahl der lebend geborenen Kinder** pro Frau beträgt bei uns 1,3 (**Schaubild 10**). Zum anderen: Die **Lebenserwartung** der Menschen steigt. Dies zusammengenommen führt dazu, dass der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter (in der Regel 20 bis 65 Jahre) im Verhältnis zu den Menschen im nicht erwerbsfähigen Alter (jünger als 20 Jahre und älter als 65 Jahre) abnimmt. Im Jahr 2001 betrug der Anteil der Menschen zwischen 20 und 65 rund 62 % der Gesamtbevölkerung. Wie stark dieser in Zukunft abnehmen wird, hängt neben der Geburtenrate davon ab, wie alt die Menschen werden und wie hoch der **Saldo der Wanderungen** (Zuwanderer nach Deutschland abzüglich der Abwanderer aus Deutschland) sein wird. Je nachdem wie man die Rahmenbedingungen definiert, sinkt der Anteil bis 2050 auf 57,2 % (bei niedriger Lebenserwartung und einem Wanderungssaldo von mindestens 300.000 pro Jahr) oder sogar auf 56 % (bei hoher Lebenserwartung und einem Wanderungssaldo von 100.000 pro Jahr) (**Schaubild 11**).

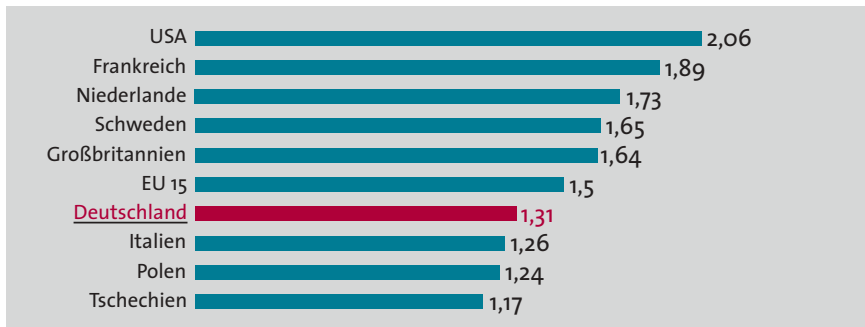


Schaubild 10

Anzahl der Kinder pro Frau 2002

Quelle: Eurostat

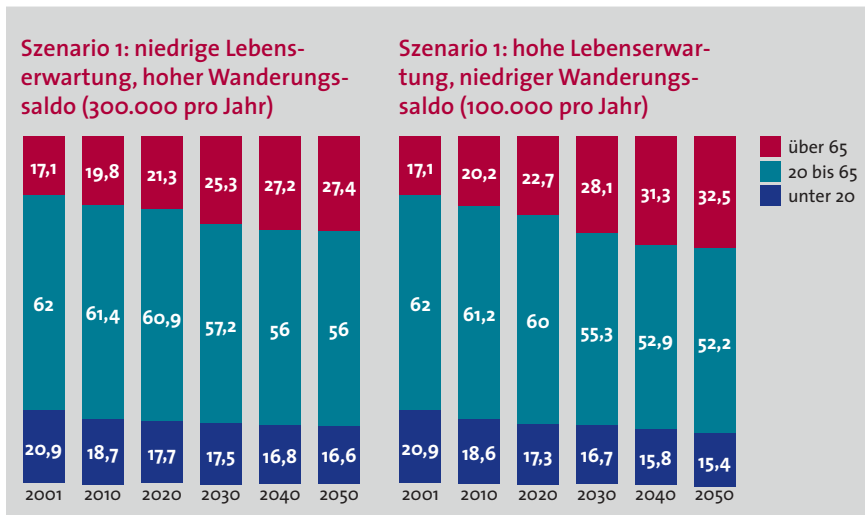


Schaubild 11

Einfluss von Lebenserwartung und Zuwanderung auf die Altersstruktur (in Prozent)

Quelle: Statistisches Bundesamt

Zukunftschancen, Bildung und soziale Teilhabe sichern

Zukunftschancen werden in hohem Maße über **Bildung** vergeben. Angesichts steigender Qualifikationsanforderungen in der Arbeitswelt steigt die Bedeutung von Bildung immer mehr. Der bis in die 90er Jahre andauernde Trend hin zu höheren Bildungsabschlüssen ist weitestgehend zum Erliegen gekommen. Gleichzeitig verlässt fast jeder zehnte Jugendliche die Schule ohne Abschluss (**Schaubild 12**). Neben notwendigen qualitativen Reformen müssen wir in den öffentlichen Haushalten Prioritäten zugunsten von mehr Bildung und Betreuung setzen. Während Deutschland mit einem Ausgabenanteil von 45,3 % für soziale Sicherung gemessen an allen Ausgaben des Staates einen europäischen Spitzenplatz belegt, liegt der Anteil der Ausgaben für Bildung mit 8,7 % am unteren Ende in Europa (**Schaubild 13**).

Schaubild 12
Entwicklung der Schulabschlüsse seit 1970
(in Prozent)

Quelle: Statistisches Bundesamt

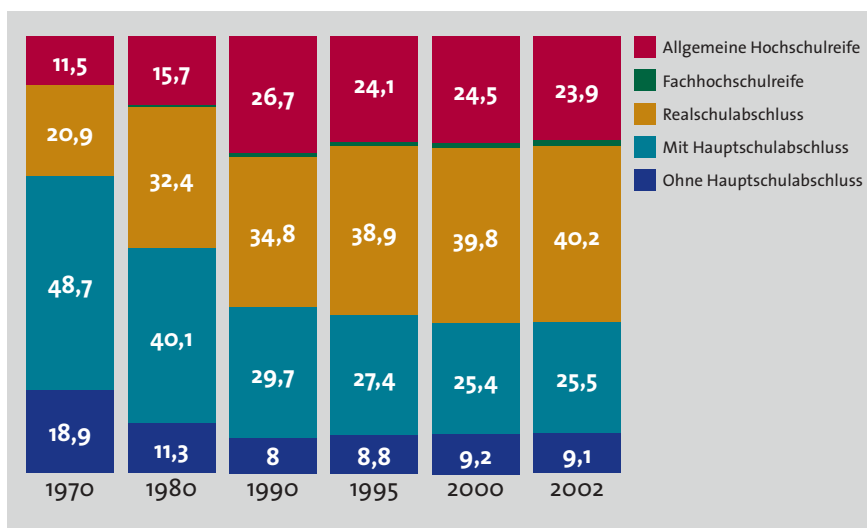
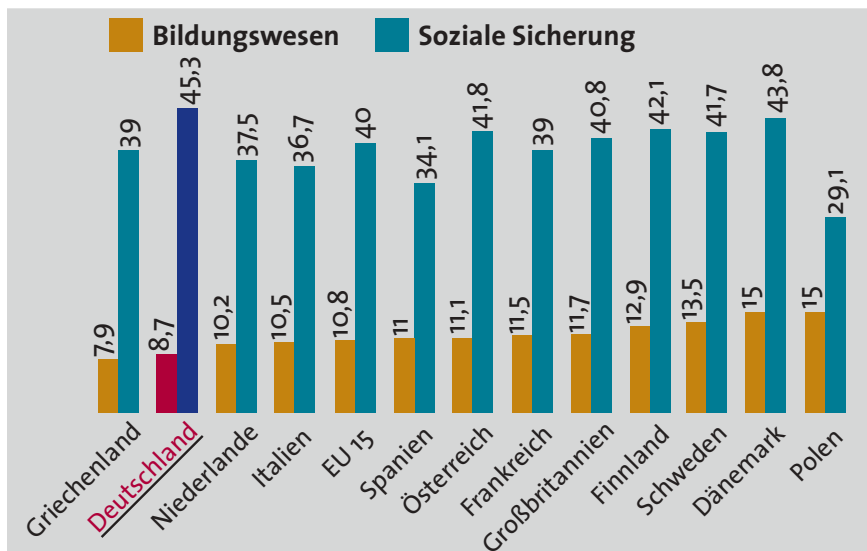


Schaubild 13
Ausgaben für soziale Sicherung und Bildung in Prozent der Gesamtausgaben des Staates
2001

Quelle: Eurostat



Unsere Aufgaben

Deutschlands internationale Wettbewerbsfähigkeit angesichts von zunehmender Globalisierung stärken.

Wachstum und Wohlstand in der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft sichern.

Älteren und gering qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern neue Beschäftigungschancen eröffnen.

Die Folgen des demografischen Wandels bewältigen.

Bildung und Forschung als Schlüsselkapital Deutschlands höchste Priorität einräumen.

Soziale Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger sicherstellen.

Die sozialen Fundamente unserer Gesellschaft erhalten und ausbauen.

Grundlagen unserer Politik

Impulse für das neue Grundsatzprogramm der SPD

Der nebenstehende Text ist eine gekürzte Fassung des Impulspapiers „Die Grundlagen unserer Politik“, das Wolfgang Thierse und Gesine Schwan auf Basis der Arbeit einer gleichnamigen Arbeitsgruppe der Programmkommission vorgelegt haben. Der Text nimmt Bezug auf das Berliner Grundsatzprogramm von 1989 und den Zwischenbericht der Programmkommission aus dem Jahre 2001.

Die vollständige Fassung ist im Internet unter www.programmdebatte.spd.de verfügbar.

Die aktuelle Situation und die politischen Herausforderungen

Die Annahme des Berliner Programms der SPD erfolgte am 20. Dezember 1989 inmitten einer politischen Zeitenwende in Europa. Das deutlichste Ergebnis war das Ende der deutschen und europäischen Teilung. Die Chancen und Hoffnungen, die sich für die Welt ergaben, waren enorm. Die Lösung der im Schatten des Kalten Krieges ungelösten globalen, europäischen und nationalen Probleme war endlich auf der Tagesordnung.

Die letzten 15 Jahre haben viele Hoffnungen des damaligen Aufbruchs nicht einlösen können. Der Welle der Demokratisierung in Mittel- und Osteuropa, aber auch in Afrika, Asien und Lateinamerika, folgte bald eine Periode der politischen Instabilität und der gewaltsamen Konflikte. Diese Entwicklung drängte andere große internationale und globale Themen wieder in den Hintergrund. Trotz eines hoffnungsvollen Beginns Anfang der neunziger Jahre gilt das vor allem für die Entwicklungspolitik, die internationale Umweltpolitik, die Rüstungskontrolle und Abrüstung und die Reform der internationalen Institutionen.

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre rückt das Thema Globalisierung ins Zentrum der Diskussion – mit weitreichenden Hoffnungen auf eine neue Periode des Wachstums und Wohlstands, aber auch mit wachsender öffentlicher Kritik. Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 fördert die Frage nach den Ursachen von Gewalt, Terror und Krieg die Aufmerksamkeit für globale Probleme. Das führt von der Sicherheitspolitik zur Entwicklungspolitik und weiter zu den interkulturellen Beziehungen. So durchdringt und bestimmt die globale Dimension immer stärker die Verhältnisse, denen sich auch die Politik regional, national und sogar lokal stellen muss.

Nach dem Beschluss des Bundesparteitages 1999 über die Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms sollen die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität auch in einem neuen Grundsatzprogramm „Maßstab und leitende Prinzipien unserer Politik“ und „Kriterien für die Beurteilung der politischen Wirklichkeit, Maßstab für eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft und zugleich Orientierung für das Handeln der einzelnen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten“ sein.

Es liegt daher nahe, dass auch das künftige Programm systematisch und methodisch dem grundwertorientierten Ansatz folgen wird, den das Godesberger und das Berliner Programm vorgegeben haben und der für die SPD als Programmpartei identitätsstiftend geworden ist. Entsprechend hebt der Zwischenbericht der Grundsatzprogrammkommission von 2001 diesen Aspekt hervor und bekräftigt das Selbstverständnis der SPD als Programmpartei: „Die Grundlage unserer Politik bleibt auch in Zukunft ein Grundsatzprogramm, das die Grundwerte unserer Politik verbindlich formuliert, die wesentlichen Entwicklungen beschreibt und mit Weitblick und Wirklichkeitssinn jene Leitbilder entwirft, die in die Zukunft gerichtet und zugleich realitätstauglich sind, um der Tagespolitik eine verbindliche Orientierung zu geben.“

Grunderfahrungen und geschichtliche Wurzeln

Ein neues Grundsatzprogramm muss die diskursiven Erfahrungen seit 1989 und die Kernthemen der Regierungsperiode seit 1998 aufnehmen. Im Mittelpunkt sollten folgende Fragen stehen: Auf welche Einsichten kommt es im Hinblick auf die ältere Arbeiterbewegung und die Erfahrungen der NS-Zeit weiter an? Was müssen wir im Blick auf die jüngere Arbeiterbewegung, auf sozialdemokratische Regierungserfahrungen, auf den Einfluss linksbürgerlicher Traditionen, die 68er-Bewegung und die 89er-Überwindung der Diktatur in der DDR ergänzen?

Menschenbild und Menschenrechte

Die konkreten Aussagen des Berliner Programms zum Menschenbild als eine Grundlage sozialdemokratischer Politik sind ein Novum in der Programmgeschichte der SPD. Der **Zwischenbericht 2001** empfiehlt keine Änderungen: Das Berliner Programm habe „erstmalig in unserer Programmgeschichte als Grundorientierung für die Politik der Sozialdemokratie ein Bild vom Menschen entworfen. Es bleibt, ebenso wie das Grundwerteverständnis, in seinem Kern weiterhin ein Eckpfeiler sozialdemokratischer Politikorientierung auch für das neue Grundsatzprogramm.“

Unser Verständnis von Politik

Das Berliner Programm definiert Politik als eine **notwendige Dimension menschlichen Zusammenlebens**. Damit verbunden formuliert es folgende Staatsdefinition: „Der demokratische Staat bezieht seine Inhalte von den gesellschaftlichen Kräften. Der Staat ist nicht Selbstzweck, sondern **Instrument zur Gestaltung der Gesellschaft**“. Das eher defensive, instrumentelle Staatsverständnis des Berliner Programms müsste deutlich unterschieden werden vom neoliberalen Konzept des

schlanken Staates. Der Staat hat auch in einer offenen Marktökonomie und Gesellschaft die Aufgabe, Sicherheit zu schaffen. Seine Rolle als Garant für die Geltung der Grundwerte, der freiheitlichen und demokratischen Rechtsordnung wird eher wichtiger. Dies wird aber künftig nicht durch eine Restauration nationalstaatlicher Zuständigkeiten erreicht werden können, sondern nur durch eine neue Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Ebenen und Akteuren.

Für demokratisch legitimierte Politik, die den Anforderungen der Globalisierung gewachsen sein will, bietet das Konzept der **Good Governance** – des **Guten Regierens** die erforderlichen Antworten. Es zielt auf eine globale Ordnung, die eine Mehr-Ebenen-Ordnung ist, multipolar und multilateral organisiert, durch das Völkerrecht und dessen Institutionen der Konfliktlösung getragen. Es orientiert sich an den Prinzipien der Nachhaltigkeit, der Subsidiarität, der Transparenz und der Partizipation der Bürger und ihrer gesellschaftlichen Organisationen.

Grundwerte des Demokratischen Sozialismus

Grundwerte und Menschenrechte stehen im Berliner Programm in einem engen Zusammenhang: „Nur wo Freiheitsrechte garantiert sind und genutzt werden, können Menschen als Freie und Gleiche leben und Demokratie praktizieren. Nur wo soziale Grundrechte verwirklicht sind, können Freiheitsrechte und politische Teilhaberechte von allen wahrgenommen werden.“ Weil Freiheit und Gerechtigkeit immer neu zu gestalten sind, braucht es Solidarität, die menschliche Zuwendung, „füreinander ein(zu)stehen und die Freiheit des anderen (zu) wollen“.

Das sozialdemokratische Verständnis von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität erhielt seinen besonderen Sinn von Anfang an aus der Auseinandersetzung mit der liberalen Interpretation. Für die Sozialdemokratie bleibt daher gültig:

- Freiheit bedarf auch materieller Voraussetzungen
- Gerechtigkeit bedarf über die Gleichheit des Rechts hinaus auch der Gleichheit grundlegender Lebenschancen
- Freiheit und Gerechtigkeit erfordern, sich solidarisch zueinander zu verhalten

Der Zwischenbericht der Grundsatzprogrammkommission empfiehlt jedoch, „nach zwei Jahrzehnten der Dominanz liberaler und neoliberaler Konzepte und Ideologien“ das Grundwerteverständnis zu „konkretisieren“. Die Grundwerte müssten „neu debattiert werden, ohne ihre Substanz in Frage zu stellen“. Folgende Vorschläge gehören dazu.

Das Ziel des Demokratischen Sozialismus

Im Zusammenhang mit den Grundwerten steht das Bekenntnis zum „**Demokratischen Sozialismus**“ als dauernde Aufgabe. Die Erneuerung dieses Bekenntnisses ist umstritten. Neben der Ablehnung gibt es die Auffassung, an diesem Schlüsselbegriff unserer Geschichte festzuhalten, weil er politische Hoffnungen und Orientierungen der Sozialdemokratie beinhaltet und für die Zukunft aufhebt.

Dafür spricht, dass er schon seit dem Godesberger Programm nicht mehr für einen definierten Endzustand der Gesellschaft steht, sondern der Praxis des Reformismus – die von einer verbesserungsbedürftigen und verbesserungsfähigen Gesellschaft ausgeht – eine programmatische Orientierung und Perspektive gibt.

Vorrang der Freiheit oder Gleichwertigkeit der Grundwerte?

Für den **Vorrang der Freiheit** spricht, dass die gleiche Freiheit aller keine natürliche Gegebenheit, sondern eine Gestaltungsaufgabe ist, die sich aus dem politischen Ziel der Emanzipation des Menschen ergibt. Das Berliner Programm hebt ebenfalls den Gedanken der Emanzipation hervor – Ziel ist eine Gesellschaft, „in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und verantwortlich ... mitwirken kann“, aber es spricht nicht vom „Vorrang der Freiheit“, sondern von Grundwerten, „**gleich im Rang, einander erläuternd, ergänzend und begrenzend**“.

Für die **Gleichrangigkeit der Grundwerte** spricht, dass gerade darin der Unterschied sozialdemokratischen Denkens zum konservativen und liberalen Freiheitskonzept und Grundwerteverständnis liegt. Deshalb sollte an der Gleichrangigkeit der Grundwerte für die Begründung sozialdemokratischer Politik festgehalten werden. Die verschiedenen Logiken, die in den Grundwerten stecken, tariieren sich gegenseitig aus. Dazu ist die Dreiheit nötig. Der Streit, ob es eine Hierarchie der Grundwerte gibt, ist deshalb überflüssig.

Freiheit als „Garantie der gleichen Chancen“?

Chancengleichheit setzt den Schwerpunkt auf individuelle Freiheit, insbesondere die Wahlfreiheit. Das ist weniger, als das moderne Freiheitskonzept fordert: Es beruht auf dem politischen Sinn von Freiheit als politischer Selbstbestimmung, Mitwirkung an der öffentlichen Willensbildung sowie der Teilhabe an den öffentlichen Angelegenheiten und Gütern. Auch die aus dem Freiheitsbegriff abgeleitete Stärkung des Individuums findet nicht nur in der Vermehrung der Chancen, sondern auch in der Freiheit zu kooperativer Selbstbestimmung ihren Ausdruck.

Eigenverantwortung als Grundwert ?

Der Vorschlag, **Eigenverantwortung** als Grundwert zu behandeln, beruht auf dem Gedanken, dass Freiheit als Recht bestimmte Pflichten nach sich zieht. Während Verantwortung gegenüber dem Gemeinwesen im Begriff der Solidarität enthalten sein kann, müsse die Eigenverantwortung, die Pflicht zu einer selbstverantwortlichen Lebensführung, klar gemacht werden. Gegen den Vorschlag spricht allerdings, dass eine Erweiterung der Grundwerte-Trias eine Reihe anderer Schlüsselbegriffe zwingend in die Diskussion bringt (z. B. Sicherheit, Frieden, Nachhaltigkeit). Die Aufnahme von „Eigenverantwortung“ als Grundwert – ohne die Hervorhebung der „Verantwortung für andere“ – würde überdies eine einseitig liberale politische Akzentuierung des Programms signalisieren.

Neue Definitionen von Gerechtigkeit ?

Das Stichwort heißt „**gerechte Ungleichheiten**“. Dahinter steht die Frage, wie viel Ungleichheit eine dynamische Gesellschaft um ihrer Leistungsfähigkeit willen zulassen sollte. Kern dieses wirtschaftsliberalen Konzeptes ist die Behauptung, dass Ungleichheit die Leistung der im Markt tätigen ökonomischen Akteure über materielle bzw. prestigebezogene Anreize fördert. Dies führe zu höherer Wohlstandsproduktion, die wiederum eröffne zusätzliche individuelle Verteilungschancen.

„Gerechte Ungleichheiten“ sind allerdings kein sozialdemokratisches Tabu. Deshalb ist auch die Notwendigkeit dieser Korrektur umstritten – denn das gerechtigkeitspolitische Problem besteht für die SPD derzeit nicht in einer zu geringen Differenzierung der Einkommen, sondern in der Begründung arbeits- und leistungsloser Einkommen und einer Einkommensentwicklung, die längst keine leistungsgerechte „Spreizung“ zwischen Normal- und Spitzenverdienern mehr darstellt.

Die Sozialdemokratie hat Unterschiede in der Verteilung von Gütern und Ressourcen immer als legitim betrachtet, so lange sie in einem spezifischen Bedürfnis, Verdienst oder in Leistungsdifferenzen begründet sind. Darin folgte sie dem liberalen Grundsatz des proportionalen Vergeltens. Im Unterschied zum Liberalismus, für den gleiche Zugangsbedingungen zu freien Märkten, mithin Chancengleichheit eine hinreichende Bedingung für Gerechtigkeit ist, galten in der Sozialdemokratie unverschuldete Unterschiede in den Leistungsergebnissen nicht als legitim. Unterschiede der sozialen Herkunft oder der natürlichen Begabungen sollten als ungleich gelten und eine ungleiche Behandlung erfahren. Die Ungleichbehandlung von Ungleichen ist daher legitim, solange sie moralisch begründet wird, etwa mit der Absicht, Gerechtigkeitsdefizite der Verteilung eines Gutes auszugleichen.

Differenzierte Gleichheitsvorstellungen sind folglich nicht neu. Das egalitäre Prinzip gilt, wenn es darum geht, durch eine Verringerung von sozialer Ungleichheit mehr Gerechtigkeit herzustellen. Einfache Gleichheit, eine strikte Gleichbehandlung aller, war zu keiner Zeit ein sozialdemokratisches Ideal. Eine ausdrückliche Hervorhebung „gerechter Ungleichheiten“ würde – wenn sie leistungsgerecht sind – eine unnötige, vor dem Hintergrund der stark auseinander gehenden Einkommensschere überdies eine politisch missverständliche Botschaft sein. Deshalb wird empfohlen, den Begriff „gerechte Ungleichheiten“ nicht aufzunehmen.

Gerechtigkeit als gleichberechtigte gesellschaftliche Partizipation

Der Kern sozialdemokratischer Gerechtigkeitspolitik liegt weiterhin in der Organisation der Arbeitsgesellschaft, in einer Konzeption des produktiven Reichtums als gesellschaftlichen – künftig weltgesellschaftlichen Wohlstands. Damit steht sie in der Tradition der wertgebundenen bürgerlichen Ökonomie und der Freiheitspostulate der bürgerlichen Revolution, die ihre Basis in den produktiven Leistungen der Bürger hatten.

Die wachsende Exklusion von Menschen aus der organisierten Arbeitsgesellschaft ist eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Deshalb ist Teilhabe bzw. Beteiligungsgerechtigkeit durch eine Politik zu gewährleisten, die neben der Garantie sozialer und politischer Grundrechte vor allem die Fähigkeiten des Einzelnen zur Teilnahme am Erwerbsleben stärkt.

Übereinstimmung herrscht daher, dass soziale Gerechtigkeit in Zukunft stärker durch „soziale Investitionen“ gefördert werden muss. In einer Wissensgesellschaft sind darunter vor allem Bildung, Qualifizierung und der Zugang zu Wissen und Informationen zu verstehen. Dabei geht es nicht nur um die „Wettbewerbsfähigkeit“ im Sinne der Qualifizierung des Arbeitsvermögens, sondern auch um die Stärkung von Eigenverantwortung und die Fähigkeit zur Selbstbestimmung.

Dieser Ansatz entspricht verschiedenen Begründungen und Auslegungen sozialdemokratischen Gerechtigkeitsverständnisses: vom „dritten Weg“, der die sozial-moralischen Voraussetzungen allgemeiner Beteiligung, die Freiheiten und Chancen wie die Pflichten der Menschen hervorhebt, über „soziale Demokratie“, die die gesellschaftlichen und verteilungsbezogenen Voraussetzungen allgemeiner Beteiligung konkretisiert, bis zum „Demokratischen Sozialismus“, der auf eine kontinuierliche Ausweitung gleichberechtigter Beteiligung auch auf die wirtschaftlichen Bereiche der Gesellschaft zielt.

Solidarität als Angelpunkt der sozialdemokratischen Programmatik

Solidarität ist das Verhalten von Menschen, die über das Eigeninteresse hinaus für die Interessen anderer eintreten. Sie überschreitet damit die Gruppensolidarität und deren Ziele: Sie wird geleitet von auf das Gemeinwohl gerichteten Werten und gründet auf menschlichem Mitgefühl und auf mitmenschlichem Verantwortungssinn. Auf Solidarität kommt es zunehmend in einer Situation an, in der die politischen Institutionen national wie international zu schwach sind, in der die demokratische Kontrolle und Steuerung elementarer wirtschaftlicher Grundlagen durch neue Rechte und Instrumente erst wieder erstritten werden muss. Dies geht nur solidarisch: innerhalb und zwischen den verschiedenen Gesellschaften und Staaten.

Aus dem Grundwert Solidarität lässt sich – alternativ zum liberalen Wettbewerbskonzept, aber auch über das konservative Subsidiaritätskonzept hinausgehend – eine humane und praktische Utopie für die Gesellschaft darstellen. Es bleibt ein unterscheidender Reformansatz der Sozialdemokratie, auf Solidarität zu bauen. Sie ist der ethische Kern eines Gegenentwurfs zum dominierenden Geist der Ökonomie, zu verabsolutiertem Wettbewerb und zum Recht des Stärkeren.

Die elementaren Herausforderungen: Globalisierung und die politische Gestaltungskrise

In der Perspektive des neuen Programmzeitraums werden elementare globale Herausforderungen wie die Bevölkerungsentwicklung, der Klimawandel und die Verknappung der Rohstoffe, insbesondere der fossilen Energieträger, uns vor gravierende Probleme stellen, die Veränderungen unserer Lebensbedingungen bewirken und neue Lebens- und Produktionsweisen erforderlich machen werden.

Im Unterschied zu den Problemen, die Politik im Zeitrahmen politischer Mandate bearbeitet, handelt es sich um Herausforderungen, die Entscheidungen verlangen, deren zeitliche Wirkung über den Horizont der eigenen Verantwortlichkeit hinausgehen und unsere Lebensverhältnisse dauerhaft beeinflussen wird. Das stattdessen notwendige Handlungsprinzip kommt im Leitbild der **Nachhaltigkeit** zum Ausdruck: Es stützt sich auf ein Bewusstsein für die generationenübergreifende und globale Reichweite von Verantwortung, auf ein Bewusstsein für globale Interdependenz und Solidarität. Dies ist die Bedingung für die Möglichkeit einer gerechten und solidarischen globalen Werteordnung.

Globalisierung ist inzwischen zum Schlüsselbegriff für die Erklärung vieler Entwicklungen und Probleme geworden – für neue Chancen gegenseitiger kultureller Bereicherung und politischer Zusammenarbeit, aber auch für zunehmende soziale Ungleichheiten global, national oder lokal, bis zum Machtverlust der Politik gegenüber wirtschaftlichen Entwicklungen oder ökonomischen Interessen. Der Prozess der Globalisierung prägt immer stärker den Rahmen unserer Handlungsspielräume. Je mehr sich die Reichweiten wirtschaftlichen Handelns, kulturellen Austauschs und menschlicher Mobilität ausdehnen, ohne dass sich die Möglichkeiten politischer Gestaltung und demokratischer Kontrolle entsprechend erweitern, desto deutlicher wird es, dass wir in einer „Grundlagenkrise des Politischen“ stehen.

Mit der Zunahme weltweiter Arbeitsteilung durch die Öffnung der Märkte für Kapital und Arbeit, Güter und Dienstleistungen, aus dem wachsenden Austausch zwischen den Kulturen und Gesellschaften, Wissen und Werten, erwachsen viele neue Möglichkeiten. Der Wettbewerb aller gegen alle zwischen Standorten wie Unternehmen hat aber zu einem Kosten- und Steuersenkungsdruck geführt, der die Staaten zwingt, öffentliche Leistungen abzubauen oder zu privatisieren. Staat und demokratische Institutionen verlieren so an Gestaltungsmacht. Die

Frage, welche Bereiche im Interesse von Gemeinwohl und Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und kultureller Selbstbestimmung in öffentlicher Verantwortung bleiben oder in diese überführt werden müssen, wird die politische Auseinandersetzung zunehmend bestimmen.

Für diese Auseinandersetzung ist der Begriff der **öffentlichen Güter** ein guter Ansatz. Er lenkt die Aufmerksamkeit sowohl auf die ökonomische Seite der Herstellung als auch auf die politische Seite der Gewährleistung dessen, was zum friedlichen Zusammenleben, aber auch zum Funktionieren der Wirtschaft notwendig ist, aber der Markt nicht ausreichend bereitstellt. In dem Maße, wie durch die globale Verflechtung Sicherheit, stabile Finanzen, eine gesunde Umwelt oder der Schutz vor Epidemien immer stärker zu globalen Gütern werden, werden auch Institutionen und Regeln für das Zusammenleben erforderlich, die auf den verschiedenen Ebenen diese Ziele garantieren. Die Verantwortung für öffentliche Güter ist charakteristisch für ein vor allem in Europa entwickeltes Politikverständnis und die Ordnungsvorstellung, die das europäische Gesellschaftsmodell prägt. Die Zukunft dieses Modells, die Frage, wie es die globale Wirtschaftsordnung beeinflussen kann, ist für Europa und die europäische Linke zentral. Es war die Sozialdemokratie, die das europäische Sozialmodell von Anfang an mitgestaltet und programmatisch weiterentwickelt hat.

Das europäische Gesellschaftsmodell als Perspektive

Das Ende der europäischen Nachkriegsteilung – von der deutschen Vereinigung über die Verträge von Maastricht, die Erweiterung um ehemals neutrale Staaten Nord- und Mitteleuropas bis zum Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten – hat ein neues gemeinsames Projekt Europa hergestellt, das wieder eine Generationenaufgabe ist. Dieses Faktum und die dazugehörigen Veränderungen des politischen Gestaltungsrahmens für die nationale Politik bedeuten eine besondere Herausforderung für die Neufassung der sozialdemokratischen Programmatik. Europa als Rahmen für eine soziale und demokratische Gestaltungsalternative und das europäische Gesellschaftsmodell als Alternative gegenüber neoliberaler Restauration, dies wird die politische Auseinandersetzung am Beginn des 21. Jahrhunderts prägen. Ob es zu einer Weltinnen- und Weltfriedenspolitik kommt, ob es ein reorganisiertes System stabiler Weltfinanzen und stabiler Weltwirtschaft geben wird und ob ein an den Rio-Prozess anschließendes Verfahren zur Abwendung globaler ökologischer Gefahren zustande kommt, dafür hat Europa eine große Verantwortung.

Die entscheidende Herausforderung für die Lösung der politischen Aufgaben im Programmzeitraum und für eine Renaissance sozialdemo-

kratischer Politik im kommenden Jahrhundert ist die Ausgestaltung des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells. Dieses Modell hat in der Verknüpfung von Arbeit und die Würde der Menschen sichernder sozioökonomischer Sicherheit ein Merkmal der europäischen Sozialstaaten hervorgebracht, das Grundlage der Demokratisierung und Zivilisierung der Gesellschaft wurde. Es hat nicht nur den sozialen Status und das bürgerschaftliche Selbstverständnis der Menschen geprägt, sondern auch deren Erwartungen an Staat und Politik als Raum von Freiheit und Verantwortung. Es hat, ausgehend von den Grundforderungen der Französischen Revolution – Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit –, das gemeinsame Verständnis der Grundwerte geprägt.

Die Vollendung der europäischen Integration, die im Anschluss an die Herstellung eines einheitlichen Wirtschafts- und Rechtsraumes für mehr als 30 Staaten die politische Agenda der kommenden Jahrzehnte beherrschen wird, steht zunehmend unter dem Gebot der notwendigen Harmonisierung und Angleichung, zugleich aber der Selbstbehauptung der verschiedenen politischen und sozialen Kulturen. Es wird für das künftige Gesicht Europas entscheidend sein, ob es vorwiegend von marktliberalen, nationalkonservativen oder sozialdemokratischen Werten bestimmt wird. Die Wertediskussion wird einen zentralen Platz im Prozess der Vereinigung des „alten“ mit dem „jungen“ Europa einnehmen.

Politik, Staat und soziale Verantwortung

Der Kern der sozialdemokratischen Idee, der sozialen Demokratie, war und ist die Überzeugung, dass durch gemeinschaftliches politisches Handeln im demokratischen Prozess die gesellschaftlichen Verhältnisse im Interesse der Allgemeinheit verändert werden können. Das ist die Behauptung des Primats demokratischer Politik.

Obwohl das Gegenteil behauptet wird: Dem wachsenden Bedarf an Politik entspricht weltweit – entgegen dem Dogma – sogar die neoliberale politische Praxis, soweit es sich um staatliche Garantien für Wirtschaft und Währung, Investitionen und Geschäfte handelt. Der Ruf nach staatlichen Interventionen und staatlicher Verantwortung wird nicht zuletzt durch die Reformenpolitik eingelöst. Der Staat ist wieder gefragt, wachsende Unsicherheiten zurückzudrängen, Gewaltpotenziale und Verteilungskonflikte einzudämmen, den inneren und äußeren Frieden zu garantieren.

Die Grundfunktion des Staates ist es, für alle Bürgerinnen und Bürger „Sicherheit vor Not und Furcht“ zu gewährleisten und das Individuum vor Zumutungen zu schützen, die es nicht beherrschen kann. Diese Schutzfunktion wird dem Staat auch in Zeiten offener Grenzen oder

Märkte zugemutet – und zwar zunehmend und sogar mehr als innerhalb geschlossener Gemeinschaften und Wirtschaften. Deshalb ist die pauschale Rede von Entstaatlichung realitätsfern und im konkreten Fall lediglich im Interesse jener, die daraus Vorteile ziehen wollen.

Modernisierung des Sozialstaats

In modernen Gesellschaften ist aber eine eher wachsende Zahl von Menschen zu ihrer Freiheit und Würde auf gesellschaftliche Solidaritäten, Schutzrechte und staatlichen Ausgleich angewiesen. Die Sozialdemokratie hat deshalb keinen Anlass, von ihrem Bekenntnis zum demokratischen Sozialstaat abzurücken. Dieses Bekenntnis gehört sogar in eine Zeit, in der andere den Umbau des Staats zum neoliberalen „Wettbewerbsstaat“ betreiben wollen. Ziel der Modernisierung muss ein handlungsfähiger Staat sein, der durch die Neubestimmung staatlicher, kollektiver und individueller Verantwortung auch künftig den sozialen Zusammenhalt gewährleisten und gleiche Lebenschancen für alle finanzieren kann. Dabei kommt es zunehmend auf die Bereitstellung von und den freien allgemeinen Zugang zu öffentlichen Gütern an, also Einrichtungen, die zum Beispiel Bildung und Wissen vermitteln. Deren Qualität und Reichtum wird immer mehr zu einem Maß innergesellschaftlicher Verteilungsgerechtigkeit.

Umwälzung der Arbeitswelt und die neue soziale Frage

Die sozialen Umwälzungen unserer Zeit spiegeln sich vor allem in der Arbeitswelt wider. Erhöhte Anforderungen, differenziertere Arbeitsaufgaben und Qualifikationen bedeuten einerseits eine qualitative Aufwertung von Arbeit, andererseits wird die „Freisetzung“ von Arbeitskräften durch Rationalisierung nicht durch hinreichend neue Arbeitsplätze kompensiert. Weltweit ist die Arbeitslosigkeit im letzten Jahrzehnt gestiegen. Massenarbeitslosigkeit, die Entwertung von Fähigkeiten, die Verdrängung von qualifizierten Arbeitsplätzen durch neue, prekäre Formen der Beschäftigung – dies stellt uns vor neue politische und soziale Probleme.

Wenn wir an der sozialen Marktwirtschaft festhalten und

- durch **Wachstum** eine ausgeglichene Verteilung erreichen,
- durch **Vollbeschäftigung** soziale Sicherung garantieren und
- durch das „**Normalarbeitsverhältnis**“ Status und Einkommen gewährleisten

wollen, dann stehen wir vor Fragen, die wir in den kommenden Jahren beantworten müssen: Kann dieses Ziel durch Nutzung europäischer

Gestaltungskompetenzen und Koordination der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitiken erreicht werden? Kann im Ergebnis des Strukturwandels ausreichend Beschäftigung im Bereich von personenbezogenen und wissensgestützten Dienstleistungen geschaffen werden? Welche Investitionen in Wissenschaft und Forschung, Bildung und Qualifizierung erfordert das? Schließlich: Wenn gute und ausreichend entlohnte Arbeit die Norm sein soll, kann das auch in Zukunft durch Mitbestimmung und Tarifautonomie erreicht werden?

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und demografischer Wandel

Mehr noch als die Tiefe der globalen wirtschaftlichen Integration bestimmt die neue, globale Reichweite von Informationen, Medien und Verkehr die gegenwärtige Phase der Globalisierung und deren Wirkung auf die Gesellschaften. Stärker als auf die Wirtschaft wirken auf die Gesellschaft und die Kultur die **Entgrenzung** der nationalen oder kontinentalen Rahmen, die **Beschleunigung** durch Technologien, die eine intensivere Nutzung der Zeit erlauben, sowie die **Enttraditionalisierung**, also der Geltungsverlust von Traditionen und soziokulturellen Bindungen.

Zunehmende Mobilität und Migration bewirken eine wachsende **Heterogenität** der Gesellschaften. Damit geht vielfach auch eine Abnahme der Kooperationsfähigkeiten innerhalb der Gesellschaft einher. Das ist ein besonderes Problem für solidarische oder demokratische Institutionen der Zivilgesellschaft, weil solche Leistungen in einer kulturell heterogenen Gesellschaft weder moralisch noch empirisch einheitlich fundiert sind. Deshalb gibt es gerade unter Bedingungen wachsender kultureller Heterogenität für die Organisation des sozialen Zusammenhalts keinen Ersatz für staatliche Garantien und Grundrechtsschutz.

Die Heterogenität unserer Gesellschaft nimmt auch durch den demografischen Wandel zu. Auch bei diesem handelt es sich vor allem um eine kulturelle Herausforderung, weniger um ein Gerechtigkeitsproblem. Der Dreigenerationenvertrag erhöht zwar mit der wachsenden Zahl der Rentner die Belastung der „Aktiven“, die Belastung sinkt aber gleichzeitig durch die schrumpfende Zahl der zu alimentierenden Kinder und Jugendlichen. Das kulturelle Problem ist demgegenüber umfassender. Vor der Gesellschaft steht die Aufgabe, Arbeitswelt und soziale Systeme an die Veränderungen der Altersstruktur anzupassen, neue Formen des Zusammenlebens der Generationen zu entwickeln sowie mehr Zuwanderung zu ermöglichen und Integration zu fördern.

„Die Welt, in der wir leben“ – Zeitanalyse

Das neue Grundsatzprogramm muss vorrangig Orientierung geben über die Grundfragen der Zeit, in der wir leben. Seit 1989 haben sich nicht nur die Verhältnisse in der Welt und in Europa, sondern auch in Deutschland verändert. Wenn dieser Wandel der wichtigste Grund dafür ist, ein neues Grundsatzprogramm zu erarbeiten, dann muss die Zeitanalyse im Zentrum der Programmdebatte stehen. Zur Analyse gehören die Darstellung und Kritik der wichtigsten Triebkraft der Entwicklung seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes, der Globalisierung und ihres vorherrschenden Modus, der im letzten Jahrzehnt eine „politische Ökonomie der Unsicherheit“ hervorgebracht hat, die in verschiedenen Regionen zu einer Gefahr für Frieden und Demokratie geworden ist.

1. Im Unterschied zur Zeit der Ursprünge der Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie lebt heute die große Mehrheit in unserer Gesellschaft unter materiellen und rechtlichen Lebensbedingungen, die damals nur einer Minderheit zugänglich waren. Andererseits trifft dies auf höchstens 20 Prozent der Weltbevölkerung zu. Die Verwirklichung einer gerechten Weltordnung und menschenwürdiger Verhältnisse auf globaler Ebene ist wegen der Globalisierung eine unausweichliche Verantwortung geworden und eine Zielstellung, die an unsere Tradition nahtlos anschließt – wenn wir nicht in den umgekehrten Prozess der Verschlechterung der Lebensbedingungen bei uns einwilligen wollen. Deshalb geht der Kampf um die Verwirklichung der Grundwerte weiter, deshalb ist das sozialdemokratische Projekt keineswegs schon am Ziel.
2. Die These, dass die Globalisierung von sich aus Motor und Garant für allgemeinen Wohlstand ist, lässt sich im Ergebnis der Entwicklung der letzten Jahrzehnte nicht belegen. International, aber auch national hat sich die Schere zwischen Einkommen und Lebenschancen weiter geöffnet. Die gewaltigen Produktivitätssteigerungen der neuen Technologien haben einerseits zwar Wohlstandsgewinne ermöglicht, andererseits steht dem eine zunehmende strukturelle Arbeitslosigkeit und Armut auch in den Ländern gegenüber, die selbst von den globalisierten Märkten profitieren.

Die Globalisierung ist überwiegend von der amerikanischen Wirtschaftsverfassung geprägt. Dazu gehören insbesondere der Aktienmarkt als zentrales Steuerungselement für Unternehmensentscheidungen und dessen Interesse an kurzfristiger Rendite, sowie der Kapitalmarkt, dessen Entscheidungen inzwischen das Schicksal ganzer Volkswirtschaften bestimmen. Unter diesen Bedingungen wachsen auch in Regionen, die von einer anderen Wirtschaftsverfassung geprägt sind, die Widersprüche zwischen

- marktwirtschaftlicher Wettbewerbsordnung und demokratischer Steuerung,
 - Kurzfristigkeit des Börsen-Kapitalismus und ökonomischer Stabilität,
 - Kostenverlagerung zu Lasten der Öffentlichkeit und finanzieller Konsolidierung.
3. Die Globalisierung erfordert einen an die globalen Herausforderungen anschlussfähigen, strategischen Ansatz sozialdemokratischer Politik. Weil grundlegende Güter wie soziale Gerechtigkeit, Sicherheit, saubere Umwelt oder finanzielle Stabilität zunehmend globale Güter sind, ist eine Wirtschaftsverfassung, die öffentliche Güter fördert, auch von den globalen Erfordernissen her geboten und eine Antwort auf die Probleme des Shareholder-Value-Kapitalismus.
4. Das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell ist nicht als eine Alternative in einer neuen Systemauseinandersetzung zu verstehen, sondern als ein Ordnungsentwurf, der einerseits Gemeinsamkeiten der „westlichen“ Synthese aus Kapitalismus und Demokratie bewahrt, andererseits eigene institutionelle Arrangements für soziale Gerechtigkeit geschaffen hat. Die Frage ist, ob und wie das „Modell Europa“ als ein angemessener Raum wirken kann, der durch Kooperativität und eigene Fähigkeiten Lösungskapazitäten für globale Herausforderungen entwickelt.

Wenn Europa seine Sozialstaatlichkeit bewahren und verteidigen will, muss es im Binnenverhältnis Mechanismen für die Konvertibilität national unterschiedlicher sozialer Anrechte entwickeln, um die europäische Mobilität und Flexibilität auf der Grundlage sozialer Sicherheit und individueller Berechenbarkeit von Lebenschancen zu fördern. Es muss außerdem für einen (steuer)politischen Rahmen der WTO-Welt kämpfen. Die politische Einhegung der Weltmärkte ist die Bedingung der Möglichkeit auch nationaler und regionaler Gerechtigkeitspolitik.

5. Eng verbunden mit der ökonomischen Problematik und politisch gleichrangig muss das Problem behandelt werden, dass Globalisierung sich längst als Veränderung der gesellschaftlichen und menschlichen Wirklichkeiten niederschlägt und ein sehr diffuses Spektrum von Reaktionen provoziert. Die Konfrontation des einzelnen Menschen mit einer Welt, deren soziale Bindungen und kulturelle Traditionen sich deutlich lockern, erzeugt Identitätskonflikte, die Rückfälle in ethnische, nationalistische, fremdenfeindliche oder religiös-fundamentalistische Identitäten begünstigen. Die Zunahme sogenannter amorpher Gewalt und Anarchie führt immer öfter in das Dilemma eines „Krieges gegen den Terror“, dessen verschwimmende Grenzen wiederum unsere freiheitliche Rechtskultur und Völker- wie Menschenrechte bedrohen.

Vom „Lesekreis“ zum „Politischen Quartett“ Anregungen für die Programmdebatte vor Ort

Gute Hinweise für Veranstaltungen zur Programmdebatte gibt die Bayern-SPD. Sie enthalten Themenvorschläge, verschiedene Veranstaltungstypen und viel Wissenswertes für das Drumherum – dazu konkrete Arbeitshilfen wie z. B. Checklisten.

**Im Internet:
www.bayernspd.de**

Die Arbeit an dem neuen Grundsatzprogramm soll nicht nur im Kreis der Programmkommission und in Expertenzirkeln stattfinden. Das Grundsatzprogramm muss von allen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten diskutiert und getragen werden. Außerdem wird es weit über den Kreis der SPD hinaus auf Interesse, Fragen und Diskussionsbedarf stoßen. Deshalb wollen wir die Arbeits- und Entscheidungsphase zu einer breit angelegten – parteiinternen und öffentlichen – **Debatte** über **sozialdemokratische Grundwerte** und **Ziele** nutzen.

In der SPD gibt es eine große Debattenkultur und ein breites Wissen darüber, wie man vor Ort Diskussionsprozesse am besten organisiert. In diesem Programmheftteil wollen wir einige Anregungen geben, wie man alte Diskussionsformen (Lesekreise) ebenso wie neue Veranstaltungsformen (Politisches Quartett) für eine interessante und anregende Programmdebatte vor Ort nutzen kann.

Lesekreis

Wir müssen uns vor Ort nicht immer abhängig machen von auswärtigem Expertenwissen oder einem prominenten Gast. Hervorragende Erfahrungen haben wir mit dem ganz schlichten Lesekreis gemacht. Darin führen die teilnehmenden Personen aufgrund gemeinsamer Lektüre Diskussionen und erweitern ihren Horizont. Statt sich frontal berieseln zu lassen, erarbeiten sich die Personen im Lesekreis aktiv ein Thema und gewinnen einen fundierten **eigenen Standpunkt**.

Die Teilnehmer/innen laden reihum ein. Der jeweilige Gastgeber sorgt für die (einfache) Bewirtung. Zu jeder der stattfindenden Sitzungen lesen alle einen Text, auf den man sich geeinigt hat. Für den Auftakt empfehlen wir den **Aufsatz von Franz Müntefering**, der in diesem Programmheft abgedruckt ist. Ein Teilnehmer bereitet eine kurze (!) Einführung in den Text vor. Anschließend tauschen sich alle über die zentralen Thesen aus und äußern ihre eigene Meinung dazu.

Garantiert werden sich aus einer lebendigen Diskussion nicht nur weitere Leseabende ergeben, sondern auch **Impulse** für die innerparteiliche und öffentliche Meinungsbildung.

Politisches Quartett

Wir führen die **Grundsatzprogrammdebatte** ganz **bewusst öffentlich**. Die Menschen sollen wissen, was unsere Grundsätze sind. Und wir wollen auch erfahren, wie unsere Diskussionen von außen wahrgenommen werden. Um den öffentlichen Dialog nach innen und außen zu führen, empfehlen wir ein Politisches Quartett zu veranstalten, wie es die SPD-Südpfalz mit großer öffentlicher Wirkung macht.

Man nehme: drei Persönlichkeiten aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und eine Person, die die lokale bzw. regionale SPD repräsentiert. Hinzu kommt ein/e kompetente/r Moderator/in. Die Personenauswahl für das Politische Quartett leitet sich natürlich aus dem Thema ab. Wählt einen Schwerpunkt aus dem sehr breiten Themenspektrum der Grundsatzdebatte aus. Zum Beispiel: „Freiheit und Verantwortung: Was schafft Fortschritt?“ Mit Personen aus Politik, Gesellschaft, Kultur und Arbeitsleben kann dazu eine interessante Werte- und Grundsatzdiskussion entfacht werden. Achtet darauf, dass zwei Männer und zwei Frauen im Politischen Quartett vertreten sind. Die Idee ist die **kontroverse und konstruktive Diskussion** von Personen mit verschiedenen Meinungen.

Wichtig ist, schon in der Einladung deutlich zu machen, dass wirklich einmal grundsätzlich und nicht tagespolitisch diskutiert werden soll. Die Detail- und Instrumentendebatte versperrt allzu oft den Weg zu einer werteorientierten Debatte.

Und noch ein genereller Tipp für Einladungen: Listet in der schriftlichen Einladung unter der Überschrift „Eingeladen sind unter anderem:“ mindestens 25 Personen und Institutionen von innerhalb und außerhalb der Partei auf, die zu dieser Veranstaltung eingeladen werden. Dadurch gewinnt die Veranstaltung an Bedeutung und Attraktivität.

So werden Diskussionsveranstaltungen lebendiger

Auch unsere beste Podiumsdiskussion wird heute nur schwer mit dem Fernsehen konkurrieren können. Aber einen Trumpf können wir ausspielen, den die TV-Sender ihrem Publikum nicht wirklich bieten können: Wir können unsere **Gäste aktiv beteiligen!**

- Den **Film 140 Jahre SPD** zum Einstieg in die Veranstaltung zeigen. In 18 Minuten zeichnet der Film die Geschichte der SPD entlang den drei Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nach. Im Anschluss drei bis fünf Meinungen aus dem Publikum zu dem Film einholen und erst dann die Diskussion auf dem Podium beginnen.

Die VHS-Kassette kann beim SPD-Vertrieb bezogen werden: vertrieb@spd.de, Fon: 030-25991-200; Bestell-Nr. 62 00800; 5 €

- **Murmelfase.** Nach den Eingangs-Statements auf dem Podium beginnt nicht direkt die Plenumsdebatte. Erst wird eine fünf- bis siebenminütige „Murmelfase“ eingeschoben, in der die Sitznachbarn aufgefordert werden, sich auszutauschen über das bisher Gesagte und ihre Meinung dazu. So ist jede Person schon aktiv beteiligt und nicht auf das Zuhören beschränkt. Anschließend lässt sich im Plenum lebendig und gehaltvoll diskutieren.
- Eine **Halbzeitpause** machen. Das einfachste Mittel, denn in der Halbzeitpause reden die Menschen miteinander, lernen sich kennen und können aktiv werden. Anschließend startet die Veranstaltung mit neuem Schwung. Häufig werden in der Wahrnehmung von Veranstaltungsgästen in den Pausen die wichtigsten Erkenntnisse gewonnen. Bitte kündigt vor der Pause mit klaren Worten an, wie lange die Pause dauert (sieben bis zehn Minuten) und wie es danach weiter geht.
- Publikum beteiligen durch **Kartenabfrage**. Verteilt am Eingang Karten (ca. 10 x 21 cm, im Schreibwarenladen kaufen oder im Copy-Shop zuschneiden) und bittet die Gäste, auf die Karten zu schreiben, was ihnen an der Veranstaltung besonders wichtig ist. Sammelt die Karten ein und hängt sie im Veranstaltungsraum an eine Pinnwand. Wichtig: Die Karten müssen im Verlauf der Veranstaltung eine Bedeutung bekommen. Deshalb übernimmt jemand aus dem Vorbereitungsteam die Aufgabe, die Karten zwischendurch zu ordnen und gibt während der Veranstaltung einen kurzen Überblick über das, was dem Publikum wichtig ist (fünf Minuten). Noch besser: Jeder Podiumsgast erhält einen Teil der sortierten Karten zur Beantwortung überreicht.
- **Anwalt/Anwältin des Publikums.** Ergänzend zu der Moderation auf dem Podium kann ein Publikumsanwalt verhindern, dass nur noch die Experten auf dem Podium ihr Expertenwissen austauschen und das Publikum „nur Bahnhof“ versteht. In solchen Fällen darf, ja muss der Publikumsanwalt im Interesse des Publikums die Teilnehmer um mehr Verständlichkeit in ihren Aussagen bitten. Experten schätzen mitunter solche Bitten nicht. Bitte verabredet deshalb mit ihnen das Verfahren vor der Veranstaltung klar und deutlich. Dann gibt es keine Probleme.

Eine andere Aufgabe für den Publikumsanwalt kann es sein, aktiv das Publikum zu befragen, um so die Diskussion zu beleben. Der Publikumsanwalt verpflichtet sich dabei selbst zur Neutralität und stellt sich einzig in den Dienst des Publikums.

- Publikum beteiligen durch **Abstimmungskarten**. Verteilt an jeden Gast eine rote und eine blaue Karte (gibt es im Schreibwarenladen

preisgünstig zu kaufen). Im Verlauf der Veranstaltung kann der Moderator markante Thesen der Podiumsgäste zur Abstimmung stellen, die eine Farbe gilt als Ablehnung, die andere als Zustimmung.

- **Visualisieren der Schlüsselworte bzw. Schlüsselgedanken** auf einer Pinnwand. Jemand aus dem Vorbereitungsteam schreibt wichtige Begriffe und Schlüsselgedanken, die in der Veranstaltung genannt werden, mit einem dicken Filzstift groß und gut lesbar auf DIN-A-3-Blätter, die an eine Pinnwand gesteckt werden. Zum Ende der Veranstaltung kann die Moderation auf die Blätter eingehen. Denkbar ist auch, dass die Pinnwand zum Ende der Veranstaltung den Podiumsgästen präsentiert wird, die ihrerseits im Abschluss-Statement auf die Karten eingehen.

Zehn Tipps für die gelungene Moderation

Eine Grundsatzdebatte steht immer in der Gefahr, sehr abstrakt und abgehoben zu sein. Das liegt in der Natur der Sache. Aber es lässt sich etwas dagegen unternehmen. Erstens: ein für alle Gäste **transparenter Ablauf**. Zweitens: eine **klare Zeitplanung** (90, maximal 120 Minuten) mit angekündigtem Ende. Und drittens: eine **gute Moderation**.

Vor Beginn der Veranstaltung

- Ziel und Schwerpunkte der Diskussion festlegen
- Originelle (z. B. amüsante, topaktuelle oder mit Insider-Wissen gespickte) kurze Begrüßung ausdenken, die auch für die Presse zitierfähig ist
- inhaltliche Schwerpunkte und Reihenfolge der Statements mit Podiumsgästen absprechen

Zu Beginn der Veranstaltung

- Redezeitbegrenzung (zehn Minuten) ankündigen
- Dem Publikum gegenüber begründen, warum der jeweilige Podiumsgast eingeladen wurde, damit das Publikum weiß, was es vom Podiumsgast erwarten kann, und damit der Podiumsgast weiß, welcher Erwartungshaltung er entsprechen muss
- Eine konkrete Frage (vorher abgesprochen bzw. angekündigt) an den Podiumsgast richten, damit die Diskussion zielgerichtet wird

Während der Veranstaltung

- Für eine ziel- und ergebnisorientierte Aussprache sorgen durch Zusammenfassung der unterschiedlichen Standpunkte und durch kurze pointierte Fragen
- Störende Einflüsse mäßigen durch Leitung der Debatte

Weitere Tipps:
 parteischule@spd.de
 Fon 030-25991-339
 Fax 030-25991-195

- Sich selbst inhaltlich zurücknehmen, nicht die einzelnen Debattenbeiträge kommentieren, keine eigenen inhaltlichen Statements

Technische Hilfe

- **Stoppuhr/Sanduhr/Gong** o. Ä. zur Zeitbegrenzung der Statements im Podium benutzen (evtl. Extraperson mit der Zuständigkeit Redezeitbegrenzung, um Moderator zu entlasten)

Open Space: die „offene Konferenz“

Open Space ist eine Konferenzmethode, die einen lebendigen Austausch unter den Teilnehmenden verspricht. Sie ist besonders für große Gruppen geeignet und beruht auf dem **Prinzip der Selbstorganisation**. Gute Erfahrungen mit Open Space hat zum Beispiel die SPD in Mühlheim/Ruhr, Recklinghausen und Peine gemacht.

Oftmals beschreiben Konferenzbesucher die Kaffeepausen rückblickend als besonders ergiebig. In den Pausen werden Kontakte geknüpft, Erfahrungen ausgetauscht und solche Themen besprochen, die spontanes Interesse finden. Eben diese „bewährte“ Konferenzkultur wird vom Open-Space-Verfahren aufgegriffen. Die „Kaffeepause“ als zentrales Veranstaltungselement führt zu verblüffenden Erfolgen.

Eine Open-Space-Konferenz kennt keine Tagesordnung und kommt neben einer kompetenten Moderation ohne eingeladene Referenten oder Referentinnen aus. Natürlich steckt aber ein **Leitthema** den Rahmen ab. Ziel ist es, auch gegensätzliche Interessen in einem Dialog zu vereinen.

Großgruppen, bestehend aus Personen mit unterschiedlicher Herkunft, politischer Überzeugung, Tätigkeit, Alter, Ausbildung etc. sollen und können zusammengeführt werden. Dabei gilt stets das Prinzip maximaler Selbstorganisation. Open-Space-Veranstaltungen werden immer beliebter. Sie eignen sich besonders gut zur **Entwicklung gemeinsamer Arbeitsprojekte** und zur **Lösung komplexer Themen- und Fragestellungen**. Also ist die Open-Space-Methode auch geeignet, die Grundsatzprogrammdebatte zu führen.

Open-Space-Regeln

Rahmenstruktur

Nach Einführung in die Grundsätze und Regeln haben alle Teilnehmenden die Möglichkeit, Angebote oder Nachfragen zur Grundsatzdebatte mündlich vorzutragen oder zu ergänzen. Die Top-Anliegen

des Tages werden ermittelt und vertieft sowie weitere Schritte der Zusammenarbeit verabredet. Plenarversammlungen zu Beginn und am Ende bieten die Chance, die Workshops, Diskussionen, Vorträge, Projekte und Aktivitäten auf dem „Marktplatz“ vorzustellen.

Marktplatz

Zum Zwecke der „Markttransparenz“ befindet sich im Plenarraum eine Plakatwand. Darauf wird ein Stunden- und Raumplan in Gestalt einer Matrix entworfen. Hier können die Teilnehmenden ihre Angebote (Titel, Ort und Zeit) publik machen. Die Nachfragenden können ihr Interesse mit Namenseintrag bekunden.

Spielregeln

- Anbieter/innen im Plenum: Angebote an einer Plakatwand ankündigen; Name des/der Präsentierenden, Titel, Ort und Zeit der Veranstaltung
- Nachfrager/innen im Plenum: Nachfragende tragen sich je nach ihren Interessen in Teilnahmelisten ein und stellen so ihr individuelles Konferenzprogramm zusammen

Open-Space-Veranstaltungen

Die Teilnehmenden nutzen das Recht, nach Belieben zu kommen und zu gehen.

- Wer auch immer kommt, es sind die richtigen Personen (ganz egal, ob sich drei oder 20 für ein Thema interessieren)
- Die Veranstaltung beginnt, wenn die Zeit reif ist (die menschliche Energie richtet sich nicht nach der Uhr)
- Die Veranstaltung ist offen für das, was geschieht (die ungeplanten Dinge sind oft die kreativsten)
- Was vorbei ist, ist vorbei (Die Veranstaltung endet, wenn alles zum Thema gesagt ist, auch wenn noch Zeit übrig ist)

Im Gegensatz zu gewöhnlichen Konferenzen erfahren die Beteiligten, dass es möglich und erfolgreich ist, selbstverantwortlich zu handeln, Aufgabenstellungen zu erörtern, Führung gemeinsam auszuüben, mit Unterschieden wertschätzend umzugehen sowie Handlungspläne im Plenum zu erarbeiten und zu verabreden. Die Motivation, in stärkerem Maße selbstorganisiert und selbstgesteuert anzupacken, überträgt sich ins Alltagsgeschäft und wirkt fort.

Wichtig ist: Open-Space-Veranstaltungen müssen **professionell geplant** und **durchgeführt** werden. Am besten ist es, kompetente Moderatoren oder Moderatorinnen innen von außen zu engagieren, die über Erfahrung mit der Organisation solcher Veranstaltungen verfügen.

**Kontakte zu
Trainern/Trainerinnen
und Moderatoren/
Moderatorinnen:
parteischule@spd.de
Fon 030-25991-339
Fax 030-25991-195**

Bodenzeitung

Keine Frage: Die Programmdebatte taugt auch für eine öffentlichkeitswirksame Aktion, die für die Lokalzeitung interessant ist. Und nichts ist so wirksam wie das persönliche Gespräch, der persönliche Eindruck. Schon deshalb empfehlen wir die einfache und doch wirksame Technik der **Bodenzeitung**. Der klassische Infostand hat frei, ihr braucht nur eine Plane, ein paar dicke Filzstifte und dann kann es losgehen.

Materialien

Plastikplane (2 x 3 m); 2 Edding 850 zum Beschriften, 4 Filzer für Passanten; einige Nägel oder Klebeband für die Befestigung, auflegbares SPD-Logo (bspw. von einem alten Wahlplakat); Standgenehmigung.

Informationen


Wolfgang Nafroth:
„Themen zum Thema machen – ca. 80 Ideen zu Aktionen, Medien und Veranstaltungen“.
8 € plus Versand bei:
Nafroth PR + Kommunikationsberatung,
13465 Berlin;
Welfenallee 54;
www.nafroth.com.

In der Fußgängerzone, vor einem Supermarkt oder an einem sonstigen belebten öffentlichen Ort legt ihr eine ca. **2 x 3 Meter große Plastikplane** aus dem Baumarkt auf den Boden. Sie ist mit einem Raster beschriftet. Oben findet man eine Frage, in der linken Spalte einige Antworten (von euch bereits notiert) und rechts eine Spalte, in der Passanten die Antworten mit Kreuzen bestärken, die sie besonders unterstützen. Ein SPD-Logo unten kündigt euch als Veranstalter an. Ein Muster ist unten abgebildet. Die Folie wird auf dem Boden ausgebreitet, zwischen den Platten mit Nägeln oder mit Reparaturklebeband befestigt. Die Bodenzeitung wird bei der Ordnungsbehörde als „Infotisch“ angemeldet.

Während der Aktion stellt man sich an die eigene Plane, dem Text zugewandt. Sobald man einen Passant neben sich wahrnimmt, reicht die kurze Frage „Was sagen Sie dazu?“, um in ein Gespräch zu kommen. Oder ihr geht auf Passanten zu und bittet sie, ihre Meinung auf der Plane anzukreuzen, und bietet ihnen den Filzstift zum Schreiben an.

Die Aktion muss nicht länger als eine Stunde dauern. Am Ende habt ihr im Ergebnis eine aktuelle, lokale Meinungsumfrage, die immer eine Pressemitteilung wert ist.

Ein neues Grundsatzprogramm für die SPD – was ist Ihnen besonders wichtig?	
<i>Es ist gut, dass die SPD sich die Zeit nimmt, über den Tag hinaus ihre Grundwerte zu diskutieren.</i>	X X
<i>Ohne Freiheit geht nichts: Freiheit muss immer wieder neu gewährleistet werden.</i>	X
<i>Glaubwürdigkeit der Politik.</i>	X X X
<i>Taten, die programmatischen Worten folgen.</i>	X
<i>Die SPD hat die Aufgabe, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu fördern.</i>	X
<i>Die Bildungsfrage ist die zentrale Zukunftsfrage.</i>	X
<i>Was ist Ihnen noch wichtig?</i>	



Presse- und Medienarbeit

Um auch vor Ort eine möglichst breite Resonanz auf und eine hohe Beteiligung an der Programmdebatte zu erreichen, ist eine gut vorbereitete und durchgeführte Presse- und Medienarbeit notwendig.

Pressearbeit zu den öffentlichen Veranstaltungen und Aktionen umfasst drei Phasen.

Vorbereitende Pressearbeit

Rund zehn Tage vor der Veranstaltung werden die Medienvertreter aus der Region über den Termin schriftlich informiert und eingeladen. Dabei sollten auch die Medien verschiedener Zielgruppen (z. B. AWO, Kirchen) bedacht werden. Je nach Resonanz kann wenige Tage vor der Veranstaltung eine kurze Terminerinnerung erfolgen.

Um darüber hinaus im Vorfeld Aufmerksamkeit auf die Veranstaltung zu lenken, könnten den Redaktionen vorab Interviews mit prominenten Referenten oder Referentinnen zum Thema angeboten werden.

Begleitende Pressearbeit

Auf der Veranstaltung wird den anwesenden Pressevertretern eine Pressemappe zur Verfügung gestellt. Diese kann z. B. enthalten:

- Thesenpapiere der Referenten/Referentinnen der Veranstaltung
- Informationen zu den Teilnehmer/Teilnehmerinnen der Veranstaltung
- Hintergrundinformationen zur Diskussion insgesamt
- Hinweis auf die SPD-Internetseiten zum Thema unter:
www.programmdebatte.spd.de

Bei Bedarf stehen die Teilnehmer/innen der Veranstaltung den Medienvertretern/Medienvertreterinnen in der Pause bzw. nach der Veranstaltung für Interviews bzw. für Hintergrundgespräche zur Verfügung.

Nachbereitung

Mit einer Pressemitteilung am selben Tag bzw. am nächsten Vormittag können die Redaktionen über das „Wer-Was-Wann-Warum“ der Veranstaltung informiert werden. Für eventuelle Nachfragen immer einen Ansprechpartner angeben.

Zur Information der Mitglieder über den Verlauf der Veranstaltung erfolgt eine Berichterstattung in den eigenen SPD-internen Medien (z. B. Homepage, Ortsvereinszeitung) – wenn möglich mit Foto.

Sich einmischen in die Programmdebatte

Das neue Grundsatzprogramm soll Ergebnis einer breiten Diskussion in der Sozialdemokratie und in der Öffentlichkeit sein. Im Jahr **2005** werden **regionale Diskussionsforen** stattfinden. Alle in der Partei sind eingeladen, sich einzumischen und zum Gelingen der Debatte beizutragen. Die Meinungsbildung mündet in die innerparteiliche Willensbildung und Beschlussfassung.

Der nächste **ordentliche Bundesparteitag** findet **vom 14. bis 17. November 2005 in Karlsruhe** statt. Dort wird das neue Grundsatzprogramm im Mittelpunkt stehen.

Anträge aus Ortsvereinen, Unterbezirken, Bezirken, Landesverbänden und Arbeitsgemeinschaften auf Bundesebene müssen spätestens acht Wochen vor Beginn des Parteitags beim Parteivorstand eingereicht werden. So regelt es der § 18 des SPD-Organisationsstatuts.

Im **Vorwärts** und anderen **SPD-Publikationen** wird regelmäßig über die Programmdebatte berichtet. Das **Internet** bietet weitere aktuelle Informationsangebote:

www.programmdebatte.spd.de

Die Sonderseite des Parteivorstands bietet einen Überblick über den zeitlichen Ablauf der Debatte, enthält eine Übersicht über die Dialogpartner und vor allem eine Online-Bibliothek mit allen Texten zur Grundsatzprogrammdebatte.

In unserer Mitte ist noch Platz.

Durch die Grundsatzdebatte erfährt die SPD zusätzliche öffentliche Aufmerksamkeit. Das bietet auch eine hervorragende Gelegenheit, neue Mitglieder zu werben. Denn wir sprechen mit den Menschen über unsere Werte und Ziele. Dabei werden gemeinsame Überzeugungen deutlich. Und dass es sich lohnt, sich für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität einzusetzen.

Infos:

www.spd.de

www.spd-online.de

parteiorganisation@spd.de

Stationen

Programmforum Wohlstand – Bedingungen heute und morgen	Februar 2005
Programmforum Deutschlands Rolle in Europa und der Welt	März 2005
Programmforum Demokratie und ihre Bedingungen: Teilhabe, Zukunftschancen, Gerechtigkeit	April 2005
Programmforum Im Mittelpunkt: der Mensch	Mai 2005
Antragsschluss zum Parteitag	19. September 2005
Bundesparteitag Diskussion und Verabschiedung des „Karlsruher Programms“	14. bis 17. November 2005

Mitglieder der Programmkommission

Steuerungsgruppe (Präsidium)

- 1 Franz Müntefering (MdB)
- 2 Kurt Beck (MdB)
- 3 Klaus-Uwe Benneter (MdB)
- 4 Edelgard Bulmahn (MdB)
- 5 Wolfgang Clement
- 6 Bärbel Dieckmann
- 7 Hans Eichel (MdB)
- 8 Andrea Nahles
- 9 Harald Schartau
- 10 Wolfgang Thierse (MdB)
- 11 Ute Vogt (MdB)
- 12 Inge Wettig-Danielmeier (MdB)
- 13 Heidemarie Wieczorek-Zeul (MdB)

Mitglieder (vom Parteivorstand benannt)

- 14 Detlev Albers
- 15 Niels Annen
- 16 Christine Bergmann
- 17 Björn Böhning
- 18 Margit Conrad
- 19 Ursula Engelen-Kefer
- 20 Gernot Erler (MdB)
- 21 Prof. Dr. Bernd Faulenbach
- 22 Elke Ferner (MdB)
- 23 Sigmar Gabriel (MdB)
- 24 Otto Graeber
- 25 Karl Hermann Haack (MdB)
- 26 Christel Humme (MdB)
- 27 Karin Junker
- 28 Reinhard Klimmt
- 29 Gerlinde Kuppe (MdB)
- 30 Ulrike Mascher
- 31 Thomas Meyer

- 32 Michael Müller (MdB)
- 33 Reinhold Robbe (MdB)
- 34 Ottmar Schreiner (MdB)
- 35 Martin Schulz (MdB)
- 36 Angelica Schwall-Düren (MdB)
- 37 Gesine Schwan
- 38 Johano Strasser
- 38 Peter Struck (MdB)
- 40 Christoph Zöpel (MdB)

Mitglieder aus den Bezirken und Landesverbänden

- 41 Mathias Brodtkorb (MdB)
LV Mecklenburg-Vorpommern
- 42 Monika Buttgerit
LV Berlin
- 43 Richard Eckermann
Bezirk Nord-Niedersachsen
- 44 Rüdiger Fikentscher (MdB)
LV Sachsen-Anhalt
- 45 Thomas Giese
Bezirk Hessen-Nord
- 46 Carsten Gilbert
LV Baden-Württemberg
- 47 Gernot Grumbach
Bezirk Hessen-Süd
- 48 Hubertus Heil (MdB)
Bezirk Braunschweig
- 49 Wolfgang Jüttner (MdB)
LV Niedersachsen
- 50 Constanze Krehl (MdB)
LV Sachsen
- 51 Eckart Kuhlwein
LV Schleswig-Holstein
- 52 Heiko Maas (MdB)

- LV Saarland
- 53 Christoph Matschie (MdL)
LV Thüringen
- 54 Matthias Platzeck
LV Brandenburg
- 55 Christa Randzio-Plath
LO Hamburg
- 56 Karsten Rudolph (MdL)
LV Nordrhein-Westfalen
- 57 Stefan Schostok
Bezirk Hannover

- 58 Joachim Schuster
LO Bremen
- 59 Alexander Schweitzer
LV Rheinland-Pfalz
- 60 Sigrid Skarpelis-Sperk (MdB)
LV Bayern
- 61 Kristina Stuntebeck
Bezirk Weser-Ems
- 62 Andrea Ypsilanti (MdL)
LV Hessen

Materialien zur Programmdebatte

Reden und Berichte

- Vortrag Franz Müntefering „Freiheit und Verantwortung“ (22.11.2004)
- Redebeitrag Erhard Eppler, Sitzung Programmkommission (21.11.2004)
- Redebeitrag Prof. Gesine Schwan, Sitzung Programmkommission (17.6.2004)
- Zusammenfassung: Verlauf der Programmdebatte

Impulspapiere/Begleitmaterialien

- Impulspapier Grundlagen unserer Politik
- Chartvortrag: Grundlagen unserer Politik
- Impulspapier Europa
- Chartvortrag Europa
- Impulspapier Globalisierung gerecht gestalten
- Chartvortrag Globalisierung gerecht gestalten
- Chartvortrag Soziale und ökonomische Daten

Parteiprogramme

- Berliner Programm von 1989
- Godesberger Programm von 1959

Im Vertrieb

- Für Veranstaltungen im Rahmen der Programmdebatte können in www.spd-online.de versandkostenfrei Rückwände angefragt werden.
Ansprechpartner: Christian Hoffmann,
Tel. 030-25991-330
- Eindruck-Einladungskarten
Bestellungen Tel 030-25991-200



